

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Verlagsort: Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Postgebühren monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.10 M. unter Kreuzband für Deutschland und Lehrerbildungsorgan M. 6.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespreise mit 45 Pfd. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 134 | Dresden, Mittwoch den 12. Juni 1918. | 29. Jahrg.

## Die neue Wahlrechtsverschöndlung im Dreiklassenhaus.

### Ablehnung des gleichen Wahlrechts. — Das Kompromiß über das Pluralwahlrecht angenommen. — Keine Zusatzstimme für Kriegsteilnehmer. — Nationalliberale Gegenfäße.

Ein weiterer Akt der Wahlrechtsverschöndlung hat sich gestern im preussischen Dreiklassenhaus vollzogen. Die Mehrheitspartei haben es fertig gebracht, das Nachwerk, das die Herren v. Hennebrand, Lohmann, Köhne und der Zentrumsgewählte von Jagen als Kompromißantrag dem Hause vorgelegt haben, anzunehmen. Mit Recht wurde dieser Antrag in der Debatte als eine Verhöhnung und Herausforderung der Volksmassen bezeichnet. Die Feinde des gleichen Wahlrechts haben hier eine Anzahl Bestimmungen ausgeführt, die die Rechte der Massen aufs Ärgste beschränken sollen, ohne daß sie sich lehr der Kopf darüber zerbrochen haben, ob bei ihren Vorschlägen auch nur ein Schimmer von Recht und Vernunft entdeckt werden kann. Am schändlichsten ist es wohl, daß die Leute fordern, das Wahlrecht an eine zweijährige Aufenthaltsdauer zu knüpfen. Es war schon schlimm genug, daß die Regierungsvorlage einen einjährigen Aufenthalt als Bedingung für die Ausübung des Wahlrechts verlangte. Das moderne Wirtschaftsleben bringt es mit sich, daß die Arbeiter sehr leicht von einem Ort zum andern geworfen werden, und man muß gerade qualifizierte Arbeiter oft ihren Wohnort wechseln, weil an jedem Ort nur wenige für sie geeignete Stellen vorhanden sind und ein Ortswechsel bei ihnen ganz besonders häufig mit einem Ortswechsel verbunden ist. Mit der politischen Reise hat die Wohnortdauer nicht das allergeringste zu tun, und so fehlt der Wohnortklausel jeder tiefere Sinn. Sie hat nur den einen Zweck, den Einfluß der Arbeiter zu mindern. Und die an sich so kaudalöse Bestimmung wollen die Herren von der Dreiklassenhausmehrheit noch verschärfen. Diese Verschärfung bedeutet eine arme Zurücksetzung der Kriegsteilnehmer. Viele von ihnen haben während des Krieges ihre bisherige Stellung verloren und es wird für manche vielleicht Jahre dauern, ehe sie wieder einen Posten gefunden haben, den sie ausüben können. Dazu kommt, daß die Leute, deren Arbeitsfähigkeit durch Kriegsbeschädigung vermindert ist, bei der Ausübung ihrer Arbeitsstelle sehr beschränkt sein werden und deswegen häufiger, als sie das sonst nötig hätten, zu einem Ortswechsel gezwungen sind. Die Kriegsteilnehmer sollen also nach dem Willen der preussischen Wahlrechtsfeinde für die Opfer, die sie für ihr Land gebracht haben, nicht belohnt werden, daß ihnen die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte ganz besonders erschwert wird. Welch schmerzlicher Dohn! Den Hennebrand und Lohmann sind die Rechte ihrer Volksgenossen, die draußen jahrelang ihr Leben und Spiel gelebt haben, gleichgültig. Sie sind nur darauf bedacht, das künftige Wahlrecht zum Dreiklassenhaus so zu gestalten, daß der Geldbeutel und die Vorrechte der Besitzenden nicht zu sehr angetastet werden können.

Ein tolles Stück sind auch die von uns bereits mitgeteilten Pluralwahlrechtsvorläge, die sich die Kompromißpartei leistet haben. Zunächst erdeint hier wieder die Stimme der alte Herren über 50 Jahre. Was gegen die Paterfamilias spricht, ist schon oft genug gesagt worden. Die Arbeiter erdenen nur in verhältnismäßig seltenen Fällen das 50 Lebensjahr, während derjenige, der das Stück hat, mit Hilfe eines ausreichenden Geldbeutels sich besser ernähren und pflegen zu können, beträchtlich mehr Aussicht hat, in den Genuss der Alterszulage zu kommen.

Dann wollen die Herren Hennebrand und Lohmann den Selbständigen eine Zusatzstimme geben. Diese Bestimmung ist eine Bevorzugung des Geldbeutels. Auch die Antragsteller wissen ganz genau, daß die Zeiten längst vorbei sind, wo jeder Wahlberechtigten den Meisterstab im Tornister trug. Ob heute jemand unabhängig werden kann, ist in den meisten Fällen eine Frage des Vermögens. Und soweit wirklich vermögenslose Selbständige in Frage kommen, sieht man sofort, daß es geradezu töricht ist, eben diesen Leuten ein höheres Stimmengewicht zu geben als den nicht selbständigen Arbeiter. Selbständig im dem Sinne des Antrags sind z. B. auch Hausierer, die handwerklich mit ihrem Päckchen von Haus zu Haus gehen. Selbständig sind kleine Fischhändler, Inhaber von kleinen Frischfleischläden, kurz Leute, die sich zwar rechtlich quälen und plagen müssen, um ihr tägliches Brot zu verdienen, von denen aber wirklich kein vernünftiger Mensch behaupten kann, daß es infolge ihrer Stellung ein größeres Maß positiver Rechte verlangen können als ihre unselbständigen Arbeiter. Diese einen Selbständigen haben im Kampf um Würden oft einen anderen barmherzigen Stand, so daß gerade ihnen keine Zeit übrig bleibt, sich um das öffentliche Leben zu kümmern. Wahrscheinlich ist dieser Zustand einer der Beweggründe, von denen die vereinigten Wahlrechtsfeinde leiten lassen. Je weniger hinter dem politischen Leben verstanden, desto eher haben die wahlrechtlich bedingten bei ihnen Erfolgchancen zu finden. Dem Zweck der Reaktion, solche Schuttpuppen zu schaffen, sollen auch die anderen Pluralwahlrechtsbestimmungen dienen, die von den Hennebrand und Lohmann vorgeschlagen und im Dreiklassenhaus angenommen worden sind. Danach soll

## Der feindliche Gegenangriff südwestlich Nonn gescheitert.

### Zusammenbruch feindlicher Gegenangriffe bei Chateau-Thierry.

mit. (Kontin.) Großes Hauptquartier, den 12. Juni 1918.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:**  
Artilleriekampf westlicher Fronte. Die Infanterietätigkeit blieb auf Ertrunnenbeschränkt.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:**  
In schweren Kämpfen hat die Armee des Generals v. Quier westlich von Nonn geführten großen Gegenangriff mehrere französische Divisionen zum Scheitern gebracht. Unter schwersten Verlusten wurde der Feind auf seiner ganzen Angriffsfrente von Le Florin bis Kuchweit zurückgeworfen. Seine in großer Zahl zum Einsatz gebrachten Panzerverbände wurden auf dem Kampfplatze zwischen Meuz und Bellon, wo der feindliche Ansturm an unserem Gegenangriff scheiterte, dauernde erbitterte Kämpfe bis zur Dunkelheit an. Das westliche Ufer nördlich der Vaux-Mündung wurde vom Feinde gesäubert. Die Zahl der von der Armee eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 13 000 erhöht.

Der Verlust der Höhen südwestlich von Nonn zwang den Feind zur Räumung seiner Stellungen im Gortpont-Walde auf dem Chateau der Oise. Dem westlichen Feind liefen wie über Garfepant und Gaisnes schief nach und erreichten kämpfend die Linie nördlich von Gaisnes-Tranch le Val westlich Kompeel.

Fortwährend und seine Coter scheinend setzte der Feind seine vergeblichen Angriffe nördwestlich von Chateau-Thierry fort. Mehrfacher Ansturm brach hier blutig zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

eine Stimme mehr erhalten, wer 10 Jahre lang öffentlicher Beamter oder ehrenamtlich in öffentlichen Diensten tätig war, ferner alle die, die 10 Jahre als Angestellte oder als Aufseher und Vorarbeiter tätig waren. Nach einer Spur von Gerechtigkeit wird man bei allen diesen Bestimmungen vergeblich suchen. Warum z. B. soll ein Briefträger mehr politisches Verständnis haben als jemand, der als Kassenbote irgendeines privaten Vereins fast genau dieselbe Tätigkeit ausübt, und viele, die als Angestellte im Sinne des Antrags gelten, haben Arbeiten zu verrichten, die viel weniger Kenntnisse und Intelligenz erfordern, als wie sie viele Arbeiter bei der Ausübung ihres Berufs brauchen. Durch nichts berechtigt ist auch die Bevorzugung der sogenannten Vorarbeiter; denn wenn jemand in einem Betriebe einen derartigen Posten erlangt, so ist das nicht immer ein Beweis dafür, daß er keine Kameraden an Tüchtigkeit übertrifft. Sehr oft erreichen gerade solche Leute derartige Posten, die es verstehen, sich bei ihren Unternehmern beliebt zu machen und die beiseite stellen, wenn es gilt, die Interessen ihrer Arbeitsgenossen zu vertreten. Freilich mag es den Hennebrand und Lohmann darauf ankommen, derartige Elemente zu bevorzugen, weil sie glauben, daß diese auch bei Wahlen ihren Mitsprachegenossen in den Rücken fallen werden. Noch schlimmer wird die Wahlrechtsverschöndlung dadurch, daß vorgeschlagen wird, es sollen Verfassungsänderungen einschließen jeder Veränderung der Wahlkreiseinteilung in Zukunft nur möglich sein, wenn dafür in beiden Häusern des Landtages eine 3/4-Mehrheit vorhanden ist. Damit wird jeder politischen Fortschritt ein Riegel vorgeschoben. Einer kleinen Minderheit im Abgeordneten- oder Herrenhaus soll es möglich sein, jede Erweiterung der Rechte der Volksmassen zu verhindern.

Ueber diesen Antrag ist gestern noch nicht abgestimmt worden, es kann wohl aber keinem Zweifel unterliegen, daß die Mehrheit des Dreiklassenhauses auch diese Bestimmung schlucken wird.

Wie bereits gemeldet, hat der preussische Minister Dreier erklärt, daß diese neuen Kompromißvorläge für die Regierung unannehmbar sind. Jedem vernünftigen Einfluß auf das Verhalten der Mehrheitspartei durch diese Erklärung, wie zu erwarten war, nicht gehabt. Sie sind entschlossen, sich bis zum äußersten gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts zu wehren. Man braucht sich auch nicht zu wundern, daß sich die Leute von der Regierung nicht einschüchtern lassen. Sie haben sich bisher so herausfordernd verhalten, daß die preussische Regierung schon längst das Dreiklassenhaus hätte zum Ziel jagen müssen. Weil das noch nicht geschehen ist, haben die Wahlrechtsfeinde immer noch die Hoffnung, daß die preussische Regierung den Mut verlieren und auf die Einführung des gleichen Wahlrechts verzichten wird. Der preussische

Regierung aber müßten die gestrigen Vorgänge zeigen, daß jetzt nicht mehr gezögert werden darf!

Die Auflösung des Dreiklassenhauses dürfte unter keinen Umständen mehr hinausgeschoben werden. Die Dinge, die sich im preussischen Abgeordnetenhaus ereignet haben, stellen für die Volksmassen eine zu harte Geduldsprobe dar. Sie müssen die schwersten Opfer an Gut und Blut bringen, sie müssen schon seit Jahr und Tag darben, und jetzt sollen sie in Ruhe aufsehen, wie ihnen die Vertreter einer kleinen aber desto herrschsüchtigeren Minderheit die staatsbürgerliche Gleichberechtigung vorzuenthalten suchen. Das ist mehr, als einem auch noch so gebildigen Volk zugemutet werden darf.

#### Ein Tag der Herausforderung.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage vorgenommen und hat es dabei fertig gebracht, nicht nur das Pluralwahlrecht in das Gesetz einzufügen, sondern auch noch sehr erhebliche Verschlechterungen herbeizuführen, von denen in erster Linie die Erhöhung der Ertrunnenfähigkeit von einem auf zwei Jahre und die Bestimmung zu nennen ist, daß zu Verfassungsänderungen nicht nur eine 3/4, sondern sogar eine 2/3-Mehrheit in beiden Häusern gehören soll. Die Wiederherstellung des gleichen Wahlrechts wurde natürlich abgelehnt, aber die Mehrheit glaubte, die Herausforderung soweit treiben zu dürfen, daß sie sogar die Bewahrung einer Zusatzstimme an alle Kriegsteilnehmer ablehnte. Hier stürmten in ihrer demagogischen Veranlassung auch die Unabhängigen mit der Mehrheit, nachdem bereits in der allgemeinen Besprechung ihr Redner Ströbel sich fast ausschließlich gegen die Redner der Linken, den Fortschrittler Paderne und den Sozialdemokraten Reiner gebemelt hatte, die die Sache des gleichen Wahlrechts in Gemeinschaft mit dem Nationalliberalen Lucas nicht nur entschieden, sondern auch mit der nun notwendigen Schärfe verfochten hatten.

Die Wahlrechtsfeinde beschränkten sich auf ganz kurze Erklärungen, nur Herr Lohmann, der übrigens den Vorsitz der nationalliberalen Fraktion endlich doch niedergelassen hat, verteidigte das Kompromiß mit väterlicher Liebe.

Obgleich man die Sitzung weit über die gewohnte Zeit hinausog, wurde man mit der Wahlrechtsvorlage nicht fertig. Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt. Die Regierung erklärte durch den Minister Trems das Kompromiß für unannehmbar, aber da sie das Haus doch nicht auflösen entschlossen ist, kennt der Rebermut der Reaktionäre keine Grenzen mehr, und wenn uns das Glück hold ist, kann ja bei der fünften Lesung am 3. Juli die Ertrunnenfähigkeit auf drei Jahre erhöht und ein noch weitergehendes Mehrstimmrecht beschlossen werden!

#### Der Wirtswart in der nationalliberalen Landtagsfraktion.

Die Vorgänge der letzten Tage, der Antrag Lohmann und das Ergebnis der Abstimmung vom Dienstag, haben, wie dem V. T. aus parlamentarischen Kreisen gemeldet wird, innerhalb der Nationalliberalen Partei oder doch innerhalb der Nationalliberalen Landtagsfraktion, geradezu eine katastrophale Verwirrung angerichtet und dessen den völligen Zerfall der Fraktion als eingeleitet. Die Wahlrechtsfeinde in der Partei sehen jetzt alle ihre Hoffnungen nur noch auf die Regierung, von der sie erwarten, sie werde unter dem Einfluß der gestrigen Abstimmung den Landtag, wenn nicht auflösen, so doch schließen, auf eine Weiterberatung der Wahlrechtsvorlage verzichten und vor aller Öffentlichkeit die ersten Schritte zur Vorbereitung der Neuwahlen durch die Anordnung zur Auflösung der neuen Wählerlisten um tun.

Die Niederlegung des Fraktionsvorsitzes durch den Abgeordneten Lohmann wird nun offiziell zugegeben. In der Fraktion sehen sie nicht nachmittag die Neigung dahin zu gehen, überhaupt keinen Vorsitzenden mehr zu wählen, sondern, wenigstens bis nach völliger Beilegung der Wahlrechtsvorlage, den Fraktionsvorstand im ganzen mit der Leitung der Geschäfte zu betrauen, offenbar in der Annahme, daß es einem einzelnen Führer überhaupt nicht mehr möglich sei, die schroff gegenüberstehenden Meinungen innerhalb der Fraktion unter einen Hut zu bringen. Das Bedenklichste ist nämlich, daß sich zwischen der dritten und vierten Abstimmung das Mehrheitsverhältnis innerhalb der Fraktion verlohren hat, und zwar zugunsten der Wahlrechtsgegner. Ein kleiner Teil der bisherigen Wahlrechtsgegner ist nunmehr gewonnen, und während noch bei der dritten Abstimmung vor vier Wochen 35 Mitglieder für das gleiche Wahlrecht und nur 34 dagegen stimmten, soll heute die Fuhrmanns-Gruppe bereits auf etwa 37, die Lucas-Gruppe aber nur auf etwa 32 Mitglieder zählen dürfen.

Es rechnet man denn sogar damit, daß bei der Neuwahl der Fraktionsvorsitzenden Herr Dr. Lohmann wieder gewählt werden wird. Sollte das der Fall sein und Dr. Lohmann die Wahl annehmen, dann würde allerdings, wie verkannt wird, die Minderheit förmlich erklären, daß sie dem Vorsitzenden kein Vertrauen mehr entgegenbringen könne und daher eine eigene und selbständige parlamentarische Gruppe der nationalliberalen Partei im preussischen Abgeordnetenhaus zu bilden gedenke.

# Die Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage.

158. Sitzung. Dienstag, den 11. Juni, vormittags 11 Uhr. Am Ministerisch: Dr. Friedrichs, Dr. Treuss.

Präsident Graf Schwerin löst die Sitzung.

**Hierdie Sitzung der Wahlrechtsvorlage.**  
Nach einer Vereinbarung findet zunächst eine allgemeine Vorgesprächung statt, danach die Vorgesprächungen und zum Schluss die Gesamtberatung über alle drei Gesetze in einer Abstimmung.

Es sind bereits eine Reihe von Abänderungsanträgen eingegangen, zunächst handelt es sich um die Ausdehnung der Waffe, die durch die Wahlrechtsvorlage § 3 (allgemeines Wahlrecht) entstanden ist. Ein fortgeschrittener Antrag will den § 3 in der Regierungs-Entwurf vorläufig aufheben, ein Antrag Lueders (nack.) will den § 3 die Fassung geben: „Jeder Wähler hat eine Stimme.“ Ferner liegt der Kompromissantrag v. Landwehr (nack.), v. Schmied (nack.), Dr. Vorländer (nack.), v. d. Hagen (Str.) vor, nach dem im § 3 festgesetzt werden soll, daß jeder Wähler eine Stimme hat. Eine Zusatzanfrage soll enthalten, wer mindestens 20 Jahre alt ist, nicht älter als 10 Jahre im Reichs-, Staats- und Kommunalbereich tätig war, in Land- und Reichswirtschaft, Industrie und Gewerbe selbständig tätig ist oder in geordneter Stellung dort beschäftigt ist. Außerdem soll nur wahlberechtigt sein, wer seit mindestens drei Jahren Staatsangehöriger ist und seit zwei Jahren in einer Gemeinde seinen Wohnort hat. Der Kompromissantrag will eine Verschiebung der Wahlrechtsvorlage nur bei Dreiviertelmehrheit zulassen. Das Zentrum hat wieder seine Sicherungsanträge eingebracht. Verankerung der sechsjährigen Wahlperiode in der Verfassung, Aufrechterhaltung der Versammlung und Wahrung der Ruhe. Die Arbeitervertreter des Zentrum, Dr. und Senftenberg, fordern in erster Linie das allgemeine Wahlrecht und beantragen weiter eine Verringerung der Kompromissanträge (Wahlrechtsantrag ein halbes Jahr u. s. w.).

**Die Beratung beginnt mit der allgemeinen Aussprache.**

Abg. Dr. v. Landwehr (nack.): Meine politischen Freunde werden für die Kompromissanträge stimmen, obwohl sie nicht ganz unseren Ansichten entsprechen. Wir sind aber der Meinung, daß diese Anträge im Interesse des Landes liegen. (Beifall rechts, Lueders links.)

Abg. Dr. Vorländer (nack.): Der heilige Tag hat eine ganz unerbitterte Stimmung gebracht. Die Parteien, die den Wahlrechtsantrag eingebracht haben, sind bereit, für unsere Sicherungsanträge zu stimmen. Das hat in meine Freundschaft eine außerordentlich wichtige Lage geschaffen. (Hört hört links.) Die Minderheit auf diese Vorentscheidung und mit Rücksicht darauf, daß die Wahlrechts- und die Sozialdemokratischen diese Sicherungsanträge abgelehnt haben, wird ein Teil meiner Freunde für die Kompromissanträge stimmen. (Stimmliches Getöse hört links.) —  
Fürst des Abg. v. Schmied (nack.): Freunde des allgemeinen Wahlrechts! Die Sicherungsanträge sind ein wichtiges Werk, welches, wenn es gelingt, mit der Staatsregierung zu einem Einverständnis zu gelangen. In dieser Hoffnung werde ich und die Mehrheit meiner Freunde für die Wiederherstellung des § 3 der Wahlrechtsvorlage stimmen. (Beifall links.) Die übrigen Anträge werden wir wohl einstimmig ablehnen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Schmied (nack.): Wir stimmen den Kompromissanträgen durchweg zu. (Beifall links.)

Abg. Dr. Pöhlmann (Str. Vp.): So ganz so kurzen Gefährdungen wie der Vorberichter kann ich mich nicht beschließen. (Heftig links.) Die Arbeit der Reichsregierung ist in der letzten Zeit heraus. (Sehr richtig links.) Alle Verhandlungen, die wir monatelang geführt haben, werden plötzlich umgekehrt. Wir erleben eine dritte und vierte Klausur, aber keine verbesserte. (Sehr richtig links.) Wer sagt es, daß nicht noch eine fünfte und sechste Sitzung herbeigeführt werden soll? (Zuruf links: Das ist ja die Waisel!) Das Kompromiß ist langjährig getrieben worden, und so die Haltung auch gegenüber der Regierung! Ich bewundere die Geduld der Regierung, die noch immer abwartet, das letzte entscheidende Wort „Ausschluss“ auszusprechen. Ungleichmäßig ist die Dreiviertelmehrheit, die uns angehen wird. Die Erste Kammer soll unauflösbar sein. Die Konferenzen gehen sich wieder in ihrer ganzen Länge, aber daß ein Teil der Nationalliberalen diese Gesetzgebung mitmacht, ist mir unverständlich. Das ist nicht mehr liberal, sondern reaktionär. (Zuruf links.) Man sollte das Wort „liberal“ jetzt aus der Sprache streichen. Das Königreich kann nicht aufgenommen werden, es muß eingeleitet werden, mit dem Kompromissantrag muß man dem König zu sein Wort zu brechen. (Beifall links, Widerspruch rechts.)

Minister des Innern Dr. Treuss: Der Kern des Bescheid und der heutigen Anträge ist der § 3. Der frühere Antrag Lohmann widerstreicht dem Grundgedanken des allgemeinen Wahlrechts, an dem die Regierung festhalten muß. Die vorliegenden Anträge machen Unterscheidungen zwischen Geborenen und gewöhnlichen Arbeitern, und das Wahlrecht außerhalb von einem längeren Wohnort abhängig. Auf den Kern dieses Antrages kann die Regierung nicht verzichten. Er würde ein Zustandekommen der Vorlage ausschließen.

Abg. Lueders (nack.): Man braucht kein großer Prophet zu sein, um sich zu sagen, daß die Regierung dem Kompromissantrag nicht zustimmen kann. Ich erkläre für meine Freunde, daß wir den Antrag rundweg ablehnen. (Beifall links.) Diese Anträge sind schon jeder für sich sehr bedenklich, in ihrer Gesamtheit müssen sie aber dringlich im Lande Kritik hervorrufen. (Beifall links.) Sie sind eine verabschiedete Verschiebung des Antrags Lohmann. Wir erwarten besonders das Verhalten nach einer Dreiviertelmehrheit, daß in Zukunft jede Verfassungsänderung ausgeschlossen ist. Wir halten an dem allgemeinen Wahlrecht fest. (Beifall links.)

Abg. Dr. Lohmann (nack.): Der Vorwurf der Teilhaftigkeit nimmt mich wunder. Sollten wir hier, wo die Regierung und andere Parteien ein Interesse daran haben, das Kompromiß zu vereiteln, die Regierung und die Reaktionen ins Vertrauen ziehen? (Zuruf des Abg. v. Schmied.) Herr v. Schmied, Sie sind ja ein so tüchtiger Politiker, daß Sie in einem solchen Falle zu Ihrem Freunde Adolf Hoffmann gehen würden. (Beifall rechts.) Es ist nicht böser Wille, wenn die Regierung so spät beschuldigt worden ist. Unser Ziel war, einen Teil des Zentrum für unsere Anträge zu gewinnen. Der Einbruch der mit großem Erfolg vorgeschrittenen Rede des Dr. v. Schmied war mir gering. Das Thema ist völlig erledigt. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht die Vertretung aller Stände, sondern nur eines Standes. (Zustimmung rechts.) Das Kompromiß soll dem Arbeiter dienen.

Abg. v. Schmied (nack.): Wir lehnen dieses gebildete vorbereitete Kompromiß ab. Der Vorschlag für die Stimmen ist ein Hindernis an politischen Werte. Die sogenannten Sicherungsanträge lehnen wir ebenfalls als schädlich für den Mann ab.

Abg. v. Schmied (nack.): Die Offenheit der Wahlrechtsfrage wird mit der gleichen Offenheit geführt, als die Offenheit unserer Soldaten brauchen im Felde, nur mit dem Unterschied, daß die Verschwörer der reaktionären Minderheit dieses Hauses, die uns heute umarmen mit ihrem Verfassungsvertrag überlassen, für ihre Handreichung einzutreten, während unsere Väter für die Freiheit des deutschen Volkes kämpften. Ich will auf mich beziehen nicht eingehen. Während die Regierung die letzte Partei des Wohlstandes als Verbindung des Wahlrechts mit einem Votum auf ein Ende erachtet hat, ist die Mehrheit noch nicht zu verstehen, sondern versucht mit einem Votum unter sich zu zerstreuen. (Sehr richtig links.) Es gibt eine ältere Idee dazu, eine literarische Sache gegen die Rechte des Volkes in dieser Zeit zu setzen. (Sehr richtig links.) Das Wort wird sich die Namen der heutigen Antragssteller tief einprägen. Eine Billigung des Kompromisses am Vorabend und Anschließende ist nur ein Vorschlag, der man bei einer eventuellen Bewusstheit die geborenen Arbeiter und Arbeitenden einleiten soll. Sollte das geschehen, so wäre das ein gangbarer Sieg unergiebiger Demagogie. Der Antrag ist

ein Dokument des höchsten Misstrauens gegen ein numerisches Volk, das man behandeln will, wie eingekerkertes Vieh. Alle Kräfte des Volkes, abgesehen von der kleinen Minderheit, die sie vertreten, wünschen das gleiche Wahlrecht und sein anderes. Die Herren von der Rechten sind es, die das Kompromiß einbringen, indem sie seinen Vertreter zum Vorbruch bewegen wollen. Die Kräfte ihrer Handlungswelt werden sich schon zeigen, wie sie es, die sie eintreten. Unter unsern Schützengräben werden zu tausenden Flugblätter abgemischt, in denen gesagt wurde, daß eine Regierung, die das eigene Volk entrecht, auch anderen Völkern nur Schmerz bringen könne; der Sieg der Rechte sei das einzige Mittel, die Welt und das deutsche Volk von der schwersten Gefahr und der größten Unterdrückung zu befreien.

Unsere Unfreiheit ist der Grundgrund der Erbitterung gegen Deutschland.

mit ihr wird immer Stimmung in der Welt gegen uns gemacht. Die Reaktion ist rücksichtslos genug, die politischen Opfer und Anstrengungen des deutschen Volkes in diesem Kriege einfach zu negieren. Wir müssen den wackelnden Wölfen zeigen, daß wir kein Volk der Rechte

sind, das lediglich zur Erhaltung der Junkerherrschaft kämpft. Gerade zur Bekämpfung der Extreme Agitation können wir nichts anderes tun, als dem Regiment der Junker zu führen. Es ist kein Zufall, daß die Wahlrechtsfrage zugleich auch die Fährer der Vaterlandspartei sind, die darauf auszugehen, andere Völker unter dieselbe Vorherrschaft zu bringen, wie uns. Unsere Soldaten kämpfen nicht für die Erhaltung ihrer Rechte (noch rechts), sondern um ihren Lebens als freies Volk! In allen Verhandlungen um die Wahlrechtsfrage ist die Staatsregierung ein gefährliches Opfer von Schuld, durch ihre Bereitwilligkeit, an bestimmte Sicherungen einzugehen. Es ist bedauerlich, daß sie an ihrer Forderung nicht konsequent festgehalten hat. Wir verlangen dies.

**Auffassung des Dreiviertelkompromisses.**

Für das Volk wird es eine Erlösung bedeuten, das Schreckliche der schrecklichen Wähler der preussischen Geschichte abgeschlossen zu sehen. Was Sie heute hier gesagt haben (noch rechts), das wird seine Wirkung im Volke nicht verfehlen! Wir aber werden das auserkenn tun, um das Volk bis in die kleinste Gasse der Volkseinigkeit der Weisheit dieses Hauses aufzuführen, und wenn die Lage nicht bitter ernst wäre, so könnten wir uns darüber freuen, wie Sie (noch rechts) sich das ganze Volk zu Feinden machen.

Das Verhalten der Reaktion ist eine dreiste, freche Verkündung eines höchstwidrigen Votums

und bedeutet eine Aufforderung zur Revolution. Denn das, was Sie sich hier herausgenommen haben, läßt sich kein Volk gefallen, das noch einen Funken Ehre in sich fühlt. Wir wollen — um ein Wort v. Schmieds zu gebrauchen — ein freies Volk sein, das sich nicht in die Hand der Reaktion lassen will. Wenn wir ohne das freie Wahlrecht aus dem Kriege herauskommen, so haben wir den Krieg verloren. (Sehr richtig links.) Auf die Herren der Rechten aber trifft ein Wort aus dem Munde von Senftenberg zu: Wenn es gilt, das Volk um Ehre und Namen zu bringen, so sind Sie in Ihrem Element! (Beifall links.)

Abg. Strödel (nack. Gog.): Die Reden der Abg. Pöhlmann und v. Schmied bedeuten nur einen Versuch, das Volk zu täuschen. (Zuruf des Abg. v. Schmied.) Trüben ist doch der Geist! — Abg. v. Schmied: Das soll ein Weisheit verbleiben! Es ist mir ganz gleichgültig, ob mich der Abg. v. Schmied verleiht. Auf der Rechten Seite die Herren, die dadurch, daß sie das Volk zu täuschen versuchen, auf die Arbeit der Regierung werden. Man muß schon ein Aufhänger, ein Regierungsgegner sein, um ernstlich daran zu glauben, die Regierung wolle das gleiche Wahlrecht. Es kommt ihr nur darauf an, die Ecke hinauszuschleppen und die ganze Vorlage durch ein Kompromiß zu verschandeln. Wenn es ihr mit ihrer Forderung ernst gewesen wäre, so hätte sie das Haus sofort aufgelöst. Aber was ist denn von Reaktionen, wir dem Minister Friedberg und dem Grafen v. Helldorf zu erlauben! Wir haben dem Volke die Wahrheit gesagt. Wenn sich das Volk nicht erheben will, so sind die Regierungsgenossen daran schuld. Sie haben das Recht verwirrt, das Volk zur Revolution aufzufordern, denn Sie sind nur freiwillige Hüter der Reaktion.

Tamist schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelberatung über die Wahlen zum Abgeordnetenhause.

§ 1 schreibt für jeden Wahlberechtigten eine einjährige Aufenthaltspflicht in der Gemeinde vor. Nach dem Kompromissantrag soll diese Frist auf zwei Jahre verlängert werden.

Abg. v. Schmied (Str.) begründet den Antrag, die Frist auf ein halbes Jahr herabzusetzen.

Abg. v. Schmied (Str.) (Gog.): Wir haben das bereits in der zweiten Sitzung beantragt, leider vergeblich. Keinesfalls können wir auch jetzt dafür. Auf den Kompromissantrag näher eingehen, ist unmöglich, denn nach dem gemischten Stande würden an seiner Annahme doch nichts ändern. Aber um so deutlicher werden wir brauchen zu den Wählermassen reden, entweder jetzt, wenn die Regierung sich endlich für eine Klärung entschließen sollte, oder zu einem späteren Termine, falls die Regierung nicht den Mut zu einer Auflösung findet und der Landtag sein natürliches Ende erreicht. (Beifall links.)

Ueber den Kompromissantrag wird namentlich abgelehnt. Er wird mit 221 gegen 188 Stimmen angenommen. Gegenstimme die Linke und die Mehrheit des Zentrum. Mit dieser Abstimmung war der Antrag v. Schmied erledigt.

**Das gleiche Wahlrecht.**  
Um die Linke bei § 3 auszufüllen, beantragen die Fortschrittler, die Nationalliberalen mit einem Antrag Lueders und die Zentrumsdemokraten die Wiederherstellung der Regierungs-Entwurf, also die Einführung des gleichen Wahlrechts. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 164 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag Dr. v. Schmied (nack.) will im Falle der Annahme des Kompromissantrages, welcher für jeden über 20 Jahre alten Wähler und für die selbständigen Aufnahmestimmen vorsteht, den Kreiswahlberechnern eine Aufschlüsselung zu machen.

Das gleiche Wahlrecht wird in namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 164 Stimmen abgelehnt. Die Parteien stimmten, wie bei der ersten Lesung.

Ein Verlesungsantrag wurde abgelehnt. Darauf wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag v. Schmied gegen die Kreislösung mit 251 gegen 147 Stimmen, bei zwei Enthaltungen, abgelehnt. (Hört hört links.) Gegenstimme die Konfessionsparteien, die Freikonfessionen teilweise, die Arbeitergruppe.

Der Hauptkompromissantrag Lohmann mit den Zusatzstimmen für das Alter und die Selbstständigkeit wurde darauf in namentlicher Abstimmung angenommen.

Zurück stimmten 255, dagegen 154 Abgeordnete.

Abg. Lohmann erklärt, daß man sich vielleicht über den Antrag v. Schmied auf Einführung einer Aufschlüsselung für Kreiswahlberechnern hätte einigen können, wenn er früher gekommen wäre. (Zuruf links.)

Im 24. Ute wird ein Verlesungsantrag abgelehnt. Die Einzelberatung wird fortgesetzt.

Abg. Braun (Gog.): Wir verlangen die Verhältnismäßigkeit, die das Kompromissantrag jetzt für die gemischten Kreise ausgedrückt, für den ganzen Staat. Den Mißbrauch der Verhältnismäßigkeit zum Kampfmittel gegen die Polen verwerfen wir. Was den Teil-

chen in den gemischten Kreisen recht ist, muß auch in den reinen Kreisen Recht sein.  
Um 24 Uhr wird ein Verlesungsantrag Dr. v. Schmied angenommen.  
Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung.  
Schluß: 5 1/2 Uhr.

## Eine Provokation der Arbeiterklasse.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:  
Nach langen Verhandlungen ist die Reichstag-Kommission zur Beratung der Arbeiterkammer-Vorschläge zu dem Reichstag gekommen. Die Arbeiterkammer auf territorialer Grundlage aufzubauen. Das ist gegen die Regierungs-Vorlage gemeint, die eine lokale Grundlage der Arbeiterkammer wollte. Aber es ist gefahren in der Abstimmung mit dem Verlangen sämtlicher Stände der Reichstages. Man hätte erwarten sollen, daß die Regierung die Reichstags-Kommissionen beauftragt hätte, daß die Reichstags-Kommission der Arbeiterkammer von der Reichstags-Kommission gebildet ist. Das sind die Arbeiterkammer. In der heutigen Sitzung der Arbeiterkammer-Kommission erklärte der Reichstags-Vorleser, daß er die Zustimmung der Reichstags-Kommission nicht in Aussicht stellen könne. Also ein planlos Unannehmliches der Regierung!

Wir stehen jetzt am Ende des vierten Kriegsjahrs. Wenn die Regierung sich zur Einbringung der Arbeiterkammer-Vorlage entschlossen hat, so nicht zum wenigsten dieser Vorlage wegen. Sie wollte zeigen, daß sie den berechtigten Wünschen der Arbeiterklasse nachkommen wolle. Es scheint, als wenn die Regierung den Geist der Reichstags-Vorleser verlor. Eine solche Verrückung, wie sie in diesem Unannehmlichen der Regierung liegt, hätte man sich wirklich nicht träumen können. Das Verhalten ist ein jener Selbsthätigkeit, die wir leider gerade in der Kriegszeit bei so manchen Maßnahmen der Regierung beobachten müssen und die sich nur erklären lassen aus dem Willen jeder Verbindung mit den breiten Schichten der Bevölkerung und dem daraus resultierenden Unbehagen, die Stimmung der Bevölkerung zu erkennen.

Die Arbeiterkammer-Kommission hat unter diesen Umständen von einer Weiterberatung der Vorlage zunächst Abstand genommen und will erst eine Einberufung der Arbeiterkammer-Kommission vor beantragen, dem Vorschlag der Reichstags-Vorleser zu erhalten. Dem Reichstag zugewandt, so die Bürgerlichen Kommissionsmitglieder, weil sie davon eine ungünstige Wirkung auf die Stimmung der Massen befürchteten. Als ob es ein Verbrechen geben könnte. Man soll doch annehmen, daß die Regierung die Wirkung einer Entscheidung, wie sie in ihrer Erklärung in der Reichstagskommission mitgeteilt wird, vorher sorgfältig abgemessen hat, und sie muß dann natürlich auch die Folgen, die eine solche Entscheidung bei den Massen auslöst, auf sich nehmen. Prolog wird diese Erbitterung in der Arbeiterklasse die Folge sein, ist doch nunmehr das Scheitern der Arbeiterkammer-Vorlage wieder in ein unwiderrückliches Dunkel gekehrt. Jedenfalls werden die Arbeiter die erforderlichen Schritte aus dieser Regierungserklärung ziehen. Sie können nur dahin gehen, alles zu tun, was irgend getan werden kann, um ihre gewerkschaftlichen Organisationen so auszubauen, daß sie diese zu einer wirklichen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen in jeder Hinsicht befähigen.  
R. W.

## 15 Milliarden Mark.

Das Ergebnis der 8. Kreditsanleihe stellt sich nach Ablauf der Redaktionsfrist (18. Mai) auf 15.001.425.400 Mark. Die bei der ersten Meldung ausgesprochene Erwartung einer weiteren Erhöhung hat sich also durch Eingelassen von rund einer Milliarden Mark erfüllt.

## Der U-Bootskrieg.

In Berlin, 12. Juni. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England sind neuerdings durch die Tätigkeit unser U-Boote 10.500 Ver.-Reg.-Z. feindlichen Handelsschiffe vernichtet worden.

### Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

**U-Boote an der amerikanischen Küste.**  
Kern, 10. Juni. Die Pariser Chicago Tribune vom 7. Juni bringt eine lange ausführliche Darstellung der U-Boot-Erfahrungen an der amerikanischen Küste, in der es heißt, die Kommandanten der U-Boote, die in den letzten Monaten im westlichen Ozean unter amerikanischer Flagge operierten, hatten sich in der letzten Woche lang um die Verletzung des amerikanischen U-Boots gehalten. Die Amerikaner des U-Boots erklärten, Deutschland habe eine permanente Flotte der amerikanischen Küste errichtet. Das U-Boot hat viel mit U-Booten für ein bis zwei Jahre der offen, aber man beschließt, ein Jahr zu Ende zu richten und den Proviant von gefaserten Schiffen zu ergänzen. Der U-Boot hat sich auf alle Möglichkeiten vor. Die Auslieferung der U-Boote wird nach dem Straßenlampen und der Innenbeleuchtung wurde befohlen. Die Polizei künftige Warnungssignale im Falle der Vorkommnisse an. Alle Häuser von Greenwich Island, Brighton, Selsey und anderen Küstendörfern wurden verbündelt.

## Strogl über die rote Armee.

Wien, 8. Juni. (Mittlung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 7. Juni fand die Größungssitzung des ersten russischen Kongresses der Kriegskommissionen statt. Die Wahl des Vizepräsidenten unter Vorsitz von Zurett wurde durch die Wahl des Vizepräsidenten für den Krieg, Trocki, eröffnet. Er führte aus: Sie nehmen an einem Kongress an, der die Bedeutung der Revolution zeigt. Wir müssen eine revolutionäre Armee bilden, deren Kernbesatz in dem gegenwärtigen Kriegssystem der Anarchismus besteht, welche die Armee des alten Regimes kennzeichnet. Wir müssen uns an den revolutionären Veränderungen und an die Rolle einer revolutionären Armee halten, die aufbauen und stärken soll. Unsere erste Aufgabe ist die Auslieferung der Massenunterstützung innerhalb der Armee. Wir müssen uns Utschura, daß die übertraglichen Einheiten der alten Armee nicht die Kraft haben, sich der Organisationsleistung widerstehen; das nötige zur Improvisation von Kampforganisationen

und Vornamen, die dann die von den Revolutionären im April gezeigte Bewegung geschlagen. Als über die Augen zu tun, da es den Kampf nicht nur gegen die inneren, sondern gegen die äußere Gegenrevolution galt, verteilten unsere Truppen in Folge ihrer Wagnisse an unsicherer Zerschlagung. Da auf diese Weise die Revolution gewonnen werden sollte, müssen wir auf ein Mittel zu ihrer Rettung sein. Wir haben den allen Verwaltungspartnern der Armee, die es muß ein neuer geschaffen werden. Das europäische Land ist dem militärischen Gesichtspunkte aus in sieben Bezirke zu teilen und Sibirien in drei.

Das System der totalen Kriegskommissionen ist eng verbunden mit der Einrichtung der Sowjets. Auf dieser Grundlage müssen wir die rote Armee schaffen. Auf dieser Grundlage müssen wir die roten Kommissariate geschaffen werden, die sich aus je zwei totalen Kriegskommissionen und je einem militärischen Sachverständigen zusammensetzen. Die so gebildeten Räte führen die normale Aufregung der Armee. In der Tat haben die Sowjets uns auf dem Wege der Freiwilligkeit beruhende Armee für ein anderes gehalten als für eine vorübergehende Organisation. Unser Programm umfaßt immer den Standpunkt, die Revolution unter Arbeiterrevolution und unter Landarbeitern zu führen. Um die Pflicht ins Werk zu setzen, müssen wir die Waffen, so wie auch die Männer des Landes registrieren lassen.

### Entwaffnung der tschechisch-slovakischen Truppen.

Wien, 11. Juni. Die Blätter berichten aus Wien zu der beabsichtigten Entwaffnung der tschechisch-slovakischen Aufständischen nach folgende Einzelheiten, welche die ganze Vorrede und den Verlauf der tschechisch-slovakischen Kämpfe bilden. Die Ursache des über Moskau verhängten Kriegszustandes bildet das Auftreten der Tschecho-Slowaken. Diese traten im März d. J. von dem Volkskommissar die Erlaubnis, be-

waffnet über Madimostel an die französische Front abzugehen. Ränge der tschechischen Hauptabteilung schickte sie sich nachher an vielen Punkten fest, und brachten zahlreiche Orte in ihre Gewalt. Sie versuchten ferner, sich auch der Städte Tscheljabinsk, Penja und Kufajewsk nördlich von Penja, sowie Samara und Sibirien zu bemächtigen und hielten gegen die Sowjetregierung. Diese befaßt hierauf die Entwaffnung der Tschecho-Slowaken und sammelte hierfür Streitkräfte im Raume von Penja und Kufajewsk. Ueber 8000 bewaffnete Tschecho-Slowaken hatten Penja besetzt. Sie wurden von den Sowjettruppen in weitgehendem Kampfe hinausgeworfen. Die Tschecho-Slowaken beschloßen, längs der Bahn gegen Samara vorzugehen. Ueber diese Stadt wurde ebenfalls der Kriegszustand verhängt. Am ganzen Scheitern dort gegen 12 000 Tschecho-Slowaken gehandelt zu haben, die den letzten Meldungen zufolge sich nun unterworfen.

### Die Umsatzsteuer im Haushaltsauschuss.

Der Haushaltsauschuss im Dienstausschuss zum Vorigen den Abg. Ebert, zu dessen Stellvertreter der Abg. Dr. Straßmann.

Vorsitzender Ebert lobte dem auscheidenden Abg. Heßmann und dem bisherigen Stellvertreter, dem Abg. Dr. Ebert, die besten Worte für ihre feierliche Tätigkeit.

Der Haushaltsauschuss trat dann in die Beratung der Bekämpfung der Geldumflüsse ein. Die Vorlage sieht vor, bei einem Umsatz bis zu 50 000 M. 5 vom Tausend, darüber bis zu 4 vom Tausend bei einem Umsatz von mehr als 3 Millionen M.

Sozialdemokraten und Fortschrittler beantragen dazu einen Artikel zu formulieren, der lautet:

Die Ausschüsse des Reichstages, welche die Bekämpfung der Geldumflüsse im Haushaltsauschuss, über das steuerrechtliche Einkommen aus diesen Vermögen 10 v. H.

Die Abgabe ist auch zu erheben, wenn eine Auffassung nicht gefertigt wird.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Bei der Bekämpfung des Geldumflusses liegen verschiedene Anträge vor. So wird ein Antrag gemacht: Bei Geldumflüssen über 50 000 M. und bei einem größeren Betrage von den ersten 50 000 M. der Steuerbetrag von 5 v. T. ein, der Sparfassen ein solcher von 3 v. T. bei einem Betrage bis zu 100 000 M. und bei einem größeren Betrage von diesem ersten 100 000 M.

Die Nationalliberalen fordern dazu: „Beseitigt sind, mit Ausnahme ihrer Umlage im Depositen- und Kontokorrentverkehr, die öffentlichen Sparfassen und deren Giroverbindungen, Kreditkassen und ähnliche Einrichtungen.“

Das Zentrum verlangt: „Von der Abgabe sind befreit die dem Kreditwesen dienenden und deren Verbindungen für Einlagen vorgeschriebenen Anlagen.“

Außerdem liegen eine ganze Reihe anderer Anträge vor, die eine andere Staffellage fordern, insbesondere verlangt ein Antrag der Sozialdemokraten eine Erhöhung der Umlage, die über 3 Millionen hinausgeht, und zwar von den nächsten angefangen über 10 000 000 M. 4 v. H., von den nächsten angefangen über 20 000 000 M. 4 v. H., von den nächsten angefangen über 30 000 000 M. 5 v. H., darüber 6 v. H. — Abg. Str. begründet diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die großen Unternehmungen stärker belastet werden müssen. Dagegen müssen Sparfassen und Kontokorrentverträge unter allen Umständen freigelassen werden. Sollte das abgelehnt werden, dann ist es anzunehmen, daß bei Sparfassen und Kontokorrentverträgen nicht über 1 Prozent hinausgegangen wird.

Der sozialdemokratische Antrag auf weitere Steigerung der Umlage wurde angenommen. Umlagen Sparfassen und Kontokorrentverträge haben die Hälfte der Steuer, nichtöffentlichen Sparfassen kann diese Vergünstigung durch Befreiung des Bundesvermögens ersetzt werden. Die Billateralen wurde auf Mittwoch vertagt.

### Türkei und Südkaukasus.

Konstantinopel, 11. Juni. Wie die Blätter melden, berichtet Justizminister Halli Bey aus Batum, daß die Verhandlungen mit den Delegierten des Südkaukasus beendet seien und daß der Frieden unterzeichnet worden sei.

gerade dadurch, daß wir Bescherden haben nachher können, wird gelöst. In den „Auslieferungstagen“ wird noch häufiger der Reichstag lächerlich gemacht.

Die Ausschüsse müssen sehr sorgfältig aufgestellt werden (siehe richtig). Der Vorschlag über die Sonderbehandlung der tschechisch-slovakischen Soldaten ist ein politischer Unfug. (Vorherige Bestimmung.) Man wolle die Soldaten, welche über die Unschuldigen mit der Wiederbestimmung ihrer Beziehungen, werden muß sehr vorsichtig vorgegangen werden. Das ist die Sache der Verbündeten, a. v. die mit ausgedehnten Verbindungen, wird hauptsächlich nur in Ausnahmefällen zutreffen. Der Antrag der Reichstagskommission muß nur in Ausnahmefällen zugestimmt werden. Es ist unerlässlich, wie schnell heute viele Leute einen neuen Vertrag beschließen, für den sie dann rekrutiert werden. — Noch immer gibt es Familienmitglieder, die in Rußland von zwei Jahren her in die Welt der Welt erhalten haben. (Hört! hört!) In einem Orte haben wir es vor, daß

manstehung den Soldaten die Lebensmittel unterstufen wurden. Kein Vorgesetzter merkte etwas davon. (Hört! hört!) — Die letzten Eöhne von Familien, die bereits keine haben, müssen alle freigesetzt werden. Die bürgerlichen Kapitalistischen Unternehmungen gemacht werden. Das Gesetz über die Staatsbankrottierung im Jahre 1909 wird. Die Entscheidung der Unternehmung im Familien der Soldaten, die wegen irgendeiner Verletzung ins Gefängnis kommen, ist eine unerhörte Härte, die sich nicht leisten lassen sollte. (Hört! hört!) Unter Umständen verdient größere Anerkennung. Ueber die Rekrutierung der Rekruten sollte das Kriegsministerium ein ausführliches Bericht schreiben. Bei den sogenannten „Wunderkuren“ muß jede Möglichkeit beseitigt werden. Jedes ist jetzt Stappeland. Es machen wir die Erlaubnis, daß man nicht das richtige Verhältnis zur Bevölkerung findet. Arden Vauern, die dagegen protestieren, daß man ihnen die Wiele beschlagnahmt, hat man erwidert: Wenn Sie das Maul nicht halten, werden Sie abgehängt. (Beschäftigter Oert, hört! hört!) Das ist der preussische Militarismus!

### Reichstag.

172. Sitzung, Dienstag, den 11. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Von Bundesratlich: Kriegsminister v. Stein.

#### Anfragen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.) fragt: In welcher Zeit als Kriegstabsak-Wisslung an unter der Tabak im den Krieg verläuft worden, der ganz oder zum größten Teil im inländischen Wirtschaft erfaßt und von den Truppen weggenommen werden muß, obwohl er die Wirtschaftlichkeit viel übersteigt. Was geschieht der Wirtschaftlichkeit zu tun, um diesen Vorhaben einer Katastrophe im Interesse des Landes mit aller Schärfe und Präzision zu begegnen.

General v. Oren: Die Kriegstabsak-Wisslung ist aus der Notzeit entstanden. Die einzelnen Maßnahmen lassen sich leicht sehr ändern. (Ostere Zustimmung.) Der Anteil an reinem Tabak ist in dem einen Viertel größer als in dem anderen. Die Zahl Anlagen ist bisher verhältnismäßig gering. (Stärklicher Widerspruch.) Gleichwohl haben wir durch Verfügung vom 10. Mai die Befreiung der Kriegstabsak-Wisslung eingeleitet. (Beifall.) Gleich unter diesen Umständen die Tabakverträge in absehbarer Zukunft sein werden, wird die Einleitung der Lieferung dieser Kriegstabsak-Wisslung an die Fronten zu erleichtern werden können.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Wie ist die Einstellung zur Kriegstabsak-Wisslung?

General v. Oren: Zunächst vorübergehend.

Abg. Dr. Müller-Meinungen: Ist dem Reichsanwalt bekannt, wie das hier zu Tabak verwandte Salz 10 1/2 Pf. den Zentner betragen, daß die Fabrikanten für diesen sogenannten Tabak 3 1/2 Pf. für den Zentner verlangen? (Wohlgelauter Oert! hört!) Ich bedürfte der Reichsanwalt zu tun, um diesen Preis für die Fabrikanten zu beschränken? (Beifall.)

General v. Oren: Die Kriegstabsak-Wisslung kostet 8 M. das Pfund. Davon sind 1 1/2 M. Steuer enthalten. (Stärklicher Widerspruch.) Steuern auf Tabak Mio. betragen nur 3 1/2 Mio. für die im Jahre 1917 für das Ausland abgeführt. Der Tabak, der in die Wirtschaft vertrieben ist (Widerpruch), ist im Preise der Tabakverträge, daß er kaum noch zu erhalten ist. Der Preis von 8 M. für das Pfund Kriegstabsak-Wisslung wäre an und für sich nicht zu hoch. Die Wirtschaft wird natürlich im großen Maße und es können da Verluste vorfallen. Die Einleitung der Lieferung dieser Kriegstabsak-Wisslung ist erfolgt, auf die Nachfrage hin, daß der Preis sich dem Marktpreise annähert. (Oert! hört!) Ich bedürfte, in welcher Form eine Tabakvermittlung den werden kann, bei der die Verluste nicht vorfallen. (Oert! hört!) Gegen eine Firma, die besonders schlecht geliefert hat, ist die Strafe teilweise eingeleitet worden. (Beifall.)

Abg. Vogt (Soz.) der weist darauf, daß bei der Verfassung des Gesetzes die deschlagnahmten Tabak- und Feinstabakfabrikanten die in der Höhe völlig ausgeglichen sind und daß die Kriegstabsak-Wisslung nach Anwendung der Metallwertfeste der Kriegstabsak-Wisslung erfolgt.

Correspondent nach: Die Verfassung des Gesetzes mußte eine bestmögliche Regelung erfolgen, weil sonst nicht genügende Mittel gegeben sind gegen eine Verunsicherung des Publikums.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.) interessiert wegen des Vorfalls an dem in Deutschland geborenen Bergarbeiter Paul v. g. in Amerika.

Abg. Dr. Müller-Meinungen: Ist dem Reichsanwalt weitere bekannt, daß die „Daily Mail“ in den letzten Tagen einvernehmlich einen Artikel über die Arbeiterfrage aufgeführt hat, und was geschieht die Zins dieser Fälle zu tun?

Abg. Dr. Müller-Meinungen: Die Tatsache, daß auch in anderen Ländern die Arbeiterfrage in ungenügender Weise behandelt worden ist, ist dem Reichsanwalt bekannt. (Oert! hört!) Das höchste Amt wird allen diesen Fällen nachsehen und es wird nicht alle vor einer Kommission geben, in denen es um amerikanische Arbeiter geht. (Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen: Die Tatsache, daß auch in anderen Ländern die Arbeiterfrage in ungenügender Weise behandelt worden ist, ist dem Reichsanwalt bekannt. (Oert! hört!) Das höchste Amt wird allen diesen Fällen nachsehen und es wird nicht alle vor einer Kommission geben, in denen es um amerikanische Arbeiter geht. (Beifall.)

Abg. v. Franke (Soz.) bringt zur Sprache, daß in verschiedenen Gegenden der Reichsarmee sich Soldaten mit den Besatzungen der Truppen zusammenfinden und dadurch die Disziplin gefährdet werden. Die Soldaten sind im Besitz von Waffen und Munition, die sie für die Kriegszwecke verwenden. Die Besatzungen sind im Besitz von Waffen und Munition, die sie für die Kriegszwecke verwenden. Die Besatzungen sind im Besitz von Waffen und Munition, die sie für die Kriegszwecke verwenden.

### Der Heeresetat.

Die zweite Lesung des Heeresetats wird verbunden mit der ersten Lesung der neuen einmündigen militärischen Verordnungen. Die Vorlage betrifft die Heranziehung von Heeresfähigen zum militärischen Arbeitsdienst. Eine zweite Lesung wird die Möglichkeit dahin ergötzen, daß die ausgebildeten Mannschaften zum Landdienst zurückgeführt werden, wenn sie sich als tüchtig erweisen. In nach ihrem Alter sollen sie zur Reserve oder Landwehr überführt werden. Schließlich bringt eine dritte Vorlage Änderungen im Militärstrafgesetzbuch für die Kriegszeit vor. Die Vorlage betrifft die Heranziehung von Heeresfähigen zum militärischen Arbeitsdienst. Eine zweite Lesung wird die Möglichkeit dahin ergötzen, daß die ausgebildeten Mannschaften zum Landdienst zurückgeführt werden, wenn sie sich als tüchtig erweisen. In nach ihrem Alter sollen sie zur Reserve oder Landwehr überführt werden. Schließlich bringt eine dritte Vorlage Änderungen im Militärstrafgesetzbuch für die Kriegszeit vor.

### Kriegsminister v. Stein

Er kündigt an, daß er am 12. Juni um 10 Uhr im Reichstag die zweite Lesung des Heeresetats vorlesen wird. Er wird auch die ersten Lesungen der neuen einmündigen militärischen Verordnungen vorlesen. Er wird auch die ersten Lesungen der neuen einmündigen militärischen Verordnungen vorlesen.

### Heranziehung der Heeresfähigen zum militärischen Arbeitsdienst

zum militärischen Arbeitsdienst auf die letzten Mängel und Beschwerden darüber, daß diese Personen in dieser schweren Zeit irgendeiner militärischen Dienstleistung nicht unterworfen sind, aber den staatlichen Schutz voll genießen. Obwohl es unter den im Verdacht kommenden Leuten auch solche, die von einer schweren Stunde übermüdet sind, sich für ihr Leben unglücklich gemacht haben und jetzt ernstlich bemüht sind, im Verlauf der Zeit wieder zu geordneten Lebensverhältnissen zurückzukehren und durch geordnete Arbeit ein nützliches Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Diese Personen soll der Gesetzgeber nicht treffen. Dagegen ist bekannt, daß unter den anderen diese Elemente sich befinden, die mit der großen Unfähigkeit in unseren Großstädten verfahren. Diese Elemente sollen dadurch unbeschäftigt gemacht werden können, daß sie in irgendeiner Form zur Arbeit herangezogen werden. Wir wollen mit dem Gesetz für die Allgemeinheit sorgen. Die vorgeschlagene Heranziehung der Heeresfähigen bedeutet eine notwendige Modernisierung der Verordnungen. Das ist wichtig. Die Vorlage zum Militärstrafgesetzbuch enthält, so wie ich schon sagte eine neue Vorlage. Während in früheren längeren Zeiten die Strafen häufig verhängt wurden mußten, können wir immer mehr zu Milderungen übergehen. Dieser Vorlage werden von allen anderen Kriegen vollständig ab. Die Selbstbestimmung ist durch die modernen Kampfmittel auf eine außerordentlich hohe Stufe gehoben. Da ist es kein Wunder, wenn sich auch ein gutartiger Mensch einmal zu einer Heberzeugung hinreißen läßt.

Abg. Dr. Wirth (Soz.): Noch immer kommt es vor, daß Soldaten verhaften wird, sich an Abgeordnete zu wenden. (Oert! hört!) Dabei ist

### Abg. Schäfflin (Soz.)

Der Entwurf über die Heeresfähigen muß große Bedenken erregen. Es werden zweifellos bei der Durchführung des Gesetzes eine Unmenge Schwierigkeiten vorfallen. Der Reichstag wird mit der Heranziehung der Heeresfähigen zum militärischen Arbeitsdienst beschäftigt sein. Die Vorlage über die Heeresfähigen zum militärischen Arbeitsdienst ist ein politischer Unfug. Die Vorlage über die Heeresfähigen zum militärischen Arbeitsdienst ist ein politischer Unfug. Die Vorlage über die Heeresfähigen zum militärischen Arbeitsdienst ist ein politischer Unfug.

### großen Mängel in der Uniformfrage.

(Sehr richtig!) Unerhörter Skandal ist es, wenn die Heeresverwaltung von der Höhe der gestiegenen Arbeitskosten abgesehen gemacht wird. Ueber die Behandlung in der Heimat können die Mängel leider zu. Die Verhältnisse sind hier sehr unterschieden. Jeder aber hält es eine bestimmte Stelle für annehmbar, wenn wir hier Mängel vordringen, den Reichsanwalt mit Oden und Gott zu überlassen. Gerade die Verhältnisse über diese Angelegenheiten werden von Soldaten und Offizieren sehr ernst genommen. Ein solches Eintreten der Presse in diesen Angelegenheiten der Behandlung der Soldaten würde mehr wirken, als ein halbes Tausend Erlasse der Heeresverwaltung. — Ein unerhörter Skandal ist es, daß die Heeresverwaltung von der Höhe der gestiegenen Arbeitskosten abgesehen gemacht wird. Ueber die Behandlung in der Heimat können die Mängel leider zu. Die Verhältnisse sind hier sehr unterschieden. Jeder aber hält es eine bestimmte Stelle für annehmbar, wenn wir hier Mängel vordringen, den Reichsanwalt mit Oden und Gott zu überlassen. Gerade die Verhältnisse über diese Angelegenheiten werden von Soldaten und Offizieren sehr ernst genommen. Ein solches Eintreten der Presse in diesen Angelegenheiten der Behandlung der Soldaten würde mehr wirken, als ein halbes Tausend Erlasse der Heeresverwaltung.

### Mängel der Militärspesen im „Vornwärts“ verbieten.

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Messow & Waldschmidt

**Ein Waggon Steingut**

Zeller, weiß und bunt . . . Stück 75 55. 45  
 Zeller, klein . . . . . Stück 58 38. 30  
 Schüsseln, weiß . . . . . Stück 1.20. 1.05. 80  
 Schüsseln, weiß und bunt  
 Satz = 6 Stück 6.50. 5.40. 4.50  
 Kaffeetöpfe, weiß und bunt . . . 50. 45. 35  
 Brotplatten, verschied. Größen, 1.85. 1.25. 95  
 Salz- und Mehlresten, Stück  
 3.25. 2.95. 1.95  
 Nachtöpfe . . . . . 3.15. 2.45. 1.75  
 Waschbecken, verschied. Formen u. Größen,  
 4.00. 3.25. 2.75  
 Waschkrüge, verschied. Formen u. Größen,  
 4.50. 3.00. 1.50  
 Wasch-Garnituren, fünfteilig,  
 11.75. 9.75. 5.90  
 Küchen-Garnituren, 22teilig, in großer Aus-  
 wahl!

**Verschiedene Angebote:**

Gollinger Behälter, schwarzes Metall  
 Behälter 4.50, 2.60, 1.65  
 Gollinger Behälter, verzinnt  
 Behälter 2.10  
 Gollinger Tisch- und Deckenteller  
 Stück 1.85, 1.45, 85  
 Tisch- und Deckenteller, G. 1.40, 85  
 Schüssel . . . . . Stück 1.25, 85, 55  
 Kinderstuhl . . . . . Stück 50, 35, 30  
 Brot- und Schüsselständer  
 Stück 2.25, 1.75, 1.10  
 Reibmaschinen, Fein. St. 4.00, 4.35  
 Kartoffel- und Obst-Schälmaschinen  
 Stück 5.75  
 Tolpenpflöten . . . . . Stück 9.75, 7.95  
 Gostöcher . . . . . Stück 4.05, 3.90  
 Rührmaschinen, regulierbar  
 Stück 18.50, 14.50, 13.50  
 Rührmaschinen, Stück 5.95, 5.25  
 Hölzerne, ca. 24 Stunden warm-  
 oder feucht haltend . . . . . Stück 6.90

**Einkochgläser**  
 mit Gummiring und Ringel  
**Große Auswahl! Sehr preiswert!**

**Ein Waggon Emaille**

Schmortöpfe, gefirnisht, Stück 4.50, 3.45, 2.35  
 Maschinentöpfe, gefirnisht . 4.45, 3.10, 1.50  
 Kaffeetocher, verschiedene Größen,  
 4.25, 3.25, 1.65  
 Einhängetöpfe . . . . . 6.50, 4.75, 3.90  
 Wasserkessel mit Stiel . . . . . Stück 3.90  
 Kasserolle mit Stiel und Ausguss, gefirnisht  
 2.85, 1.95, 1.65  
 Milch- u. Kaffeeträge . 3.95, 2.75, 1.65  
 Kaffeekannen . . . . . Stück 3.25, 2.50, 1.85  
 Effentträger mit Deckel und Henkel  
 2.45, 1.95, 95  
 Eiertiegel . . . . . Stück 2.35, 1.65, 1.25  
 Eßschüsseln für Küche und Salerne  
 1.85, 1.45, 1.15  
 Wasserkannen für 5 Liter Inhalt . . . . . Stück 4.95

## Fleischbezug in der Stadt Dresden in der Woche vom 10. bis 16. Juni 1918.

Kauf die Reichsfleischkarten Reihe „O“ erhalten: [S 57]  
**Personen über 6 Jahre** auf die Marken 1 bis 8 bis 200 Gramm Fleisch mit Knochen oder — soweit vorhanden — bis 160 Gramm Fettfleisch oder bis 200 Gramm Wurst.  
**Personen zwischen 1 und 6 Jahre** auf die Marken 1 bis 4 bis 100 Gramm Fleisch mit Knochen oder — soweit vorhanden — bis 80 Gramm Fettfleisch oder bis 100 Gramm Wurst.

Dresden, den 11. Juni 1918. **Der Rat zu Dresden.**

**Bekanntmachung.**  
 Die Brotgutscheine der Kriegsorganisation Dresdner Vereine werden nur mit 8/10 Pfund beliefert und für Gruppe I ab Nr. 418 801 III . . . . . 14 461 mit 75 Pf. eingelöst. [S 32]  
 Dresden, am 11. Juni 1918.

**Gruppe I, Abteilung Verpflegung.**  
 Der Vorsitzende: Hermann Volk

## Einladung zur Haupt-Versammlung des Vereins „Heimatdank“

in der **Amthauptmannschaft Dresden-Altf.** für **Donnerstag den 20. Juni 1918, nachmittags 4 Uhr** im Saale des Fremdenhofes „Drei Raben“, Dresden, Marienstraße 18 1/2 Tages-Ordnung:

1. Bericht über das Geschäftsjahr 1917.
  2. Rechnungsbericht.
  3. Wahl der Rechnungsprüfer für 1918.
  4. Sonstiges.
- Zutritt zu der Versammlung haben nur diejenigen, die einen laufenden Jahresbeitrag gezahlt und somit die Mitgliedschaft erworben oder sich in die im Versammlungsraum ausliegende Mitgliederliste eintragen.  
 (gez.) Dr. Voelker, Amthauptmann. [S 32]

**V. V. K.**  
 Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege  
 Sonnabend den 22 Juni 1918 im Vereinshaus, Ziesendorfstrasse  
**Lachende Gesellen** [S 467]  
 Kgl. Hofchauspieler Alfred Meyer u. Kgl. Hofchauspieler Alexander Wieth.  
 Karten zu 85 und 65 Pf. in der Geschäftsstelle, Kitzschenbergstr. 4, I., und in den übrigen Verkaufsstellen.  
 Beginn 8 Uhr.

**Spartasse Leuben b. Dresden, Rathhaus.**  
 Gute Bahnverbindungen. Straßenbahnlinie: Dresden-Leubnitz-Leuben (Markt) — Bahnhöfe Niederleubnitz. Beginn während der Reisezeit von 9 bis 1 Uhr.  
**Tägliche Verzinsung zu 3 1/2 Prozent.**  
 Postfach-Ronto Leipzig 6194. — Gemeindepfaffenkonto. Bankprüfer: Kurt Niederleubnitz 906. [W 50]

**Stafettenkapseln**  
 Gebraucht [W 52b] als werden gelöst.  
**Metalleinkaufsstelle**  
 E. Kehlert  
 Zeilinger Str. 10. Tel. 15022

## Dresdn. Hausfrauenbund.

Donnerstag den 13. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, Windemannstr. 4  
**Hausfrauen-Nachmittag.** [S 82]  
 Kochkisten, Einkochen und Einmachereckschiffe.

**SARRASANI**  
 Allabendlich 7 1/2 Uhr — Sonntag 7 1/2 Uhr  
 Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch 3 Uhr  
**DIE LETZTEN BEIDEN VORSTELLUNGEN VON MAZEPPA**  
 SONNTAG DEN 16. JUNI  
 3 UHR u. 7 UHR

AUSZERDEM:  
 DER GROSZE  
**CIRCUS-SPIELPLAN**  
 VORVERKAUF:  
 RESIDENZ-KAUFHAUS [S 60]

## MUSENHALLE

28. Wien, Reifebörner Str. 17. [W 176]  
 Großer Nachfrage wegen noch einige Tage verlängert!  
**Die Regiments-tochter.** Or. Musik. 11. Stück in 3 Akte. 12. Neu für hier.

**Der Zentral-Arbeitsnachweis**  
 mit Hilfsdienst-Meldestelle  
 vermittelt gelehrte und ungelehrte, männliche und weibliche Arbeitskräfte. Er empfiehlt den **Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte des „Heimatdank“**  
 zweimal monatlich erscheinende Stellenliste der Stiftung „Heimatdank“. — Schichgasse 14. Telefon: männliche Abteilung 13 018, weibliche 14 088. „Heimatdank“ 13 018.  
 Vermittlung völlig kostenlos. [S 32]

**Werkzeugschlosser, Schnitt- und Stanzbauern**  
 möglichst ältere Jahrgänge, für meine Werkzeugfabrik, mit ausschließlich dringendsten Spezialleistungen beschäftigt, nach Dringlichkeitsstufe 1 sofort gesucht. Schriftliche oder persönliche Meldungen an [S 345]  
**Karl Gohweiler, Schwarzenberg i. Sa.**

**Dreher**  
 werden eingestellt  
**The United Cigarette Machine Company, Ltd.**  
 Dresden, Teubnitzstraße 43. [S 244]

## Schlosser, Dreher Hilfsarbeiter

stellt ein **C. E. Rost, Maschinenfabrik, Rajantz 17.**

**Tücht. Ankerwickler**  
 darunter ein Vorarbeiter, in dauernde Beschäftigung für sofort oder später gesucht.  
**Ingenieur Gustav Gabel, G. m. b. H. Mönchen, Rumpfenburger Str. 37.**

**Tüchtiger Werkzeugschlosser**  
 in dauernde Stellung gesucht. **Max & Ernst Karmann, Wälsch-Arbreit, Leuben, Thürander Str. 11.**

**Werkzeugschlosser**  
 werden angenommen. [S 30]  
**Oskar Hauffe, Schrauben- u. Fassonfabrik Radebeul.**

**Gelernte Dreher, Schmiede Werkzeugschlosser**  
 stellt ein **H. Kunath G. m. b. H., Dresden, Lungstraße 2.**

**Einsteller**  
 für Eisenänder gesucht. **H. Kunath G. m. b. H., Dresden, Lungstraße 2.** [S 36]

Sucht nach Hamburg sofort oder zum 1. Juli  
**tücht. Hutmacher** [S 343]  
 auf Damen-Filz u. Strohhüte für dauernde Beschäftigung. Weisloffen werden vergütet.  
**Louis Gantz, Damenhutfabrik Hamburg 22, Hamburger Straße 168.**

**Geübte Kartonnagen-Arbeiterinnen**  
 jüngere Kartonnagen-Behimädchen  
 sofort für dauernd gesucht.  
**Josef Lehnert A.-G. Bärensteiner Straße 16.** [S 32]

**Selbständige Elektromonteur** suchen [B 669]  
**Thle & Pause**  
 Große Kirchenstr. 3.  
**Kräftige Arbeiterinnen** [B 363]  
 sucht **Alfred Müller**  
 Dresden, S. 6, Altonaer Str. 8.

**Maschinenbauer**  
 sucht **Joh. Heinrich Tröger, Meissner Str. 10.**  
 Ele taufen sehr preiswert  
 Seiden- u. Wollstoffe  
 weisse Wollstoffe u. dgl.  
**Rosenbaum, Galeriestraße 2.**

# Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie.

Zweiter Tag (Fortsetzung).

## Wahlfrage über die Wahlrechtsreform.

Dr. Gradnauer: Die Worte eines eingetragenen Landtagsantrags, man müsse nach Sachem gehen, wenn man sich für die Wahlrechtsreform gegen die überlängliche Parteiopposition ausspricht, sind für die sächsische Regierung ein Standesbekenntnis. Die sächsische Regierung ist die Regierung der Arbeitervertretung. Die Regierung der Arbeitervertretung hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Regierung der Arbeitervertretung hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Regierung der Arbeitervertretung hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter.

Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter.

Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter.

Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter.

Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter.

Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter.

Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter.

Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter.

Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter.

Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter. Man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter, man lobt die Arbeiter.

Die Kontrolle über die Rohstoffzufuhr muß in den Händen des Reiches bleiben, schon mit Rücksicht auf die Saluta. Dem Verlangen gewisser Interessentenkreise, die Einfuhr der Rohstoffe freizugeben, muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Wir fordern eine gerechte Verteilung der Rohstoffe nicht nach der Kaufkraft, sondern nach der Produktivität, unter Berücksichtigung der Kleinrenten und mittleren Betriebe.

Der Mangel an Rohstoffen wird Arbeitslosigkeit herbeiführen. Auch die Wiederaufstellung der Betriebe wird diese Erscheinung verstärken. Die Entlassenen haben den Anspruch auf die Fürsorge des Reiches. Das Reich und der Staat. Die während des Krieges zurückgestellten Reparaturen in den öffentlichen Betrieben müssen sofort in Angriff genommen werden. Natürlich müssen Mittel hierfür bereitgestellt werden. Auch in den Gemeinden ist trotz der schmerzhaften Lage der Gemeindefinanzen dafür Vorkehrung zu treffen.

Eine weitere große Aufgabe ist die Lösung der Wohnungsfrage. Abbrecher müßte die Erfahrung des Krieges von 1870/71 mit den Straßenkämpfen gegen die obdachlosen Kriegsteilnehmer. Die Bauarbeit muß sofort aufgenommen werden. Darum schnelle Entlassung der Bauarbeiter und der Arbeiter der Hilfsindustrie. Zugabe der in militärischen Diensten befindlichen Bauarbeiter. Je nach der Lage wird die Bauwirtschaft aufnahmefähig für Arbeiter sein. Mit allem Nachdruck muß gegen die planmäßige Verdrängung der Arbeiter in der Landwirtschaft tätigen Stellung genommen werden. Die wirtschaftliche und rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern ist zu fordern. Selbst unter günstigen Verhältnissen wird es nicht möglich sein, die Arbeitslosigkeit vollständig zu bannen.

Die Herbeiführung von Arbeitsstellen ist die Entlassung je nach der Arbeitsbedürftigkeit erfolgen zu lassen. Das würde mit Recht zu großer Kaufkraft führen. Im allgemeinen ist zu fordern, daß die Entlassung nicht länger als militärisch notwendig hinausgeschoben wird. Für die Entlassenen ist ausreichende Unterbringung im Falle der Arbeitslosigkeit sicherzustellen. Bei Verweigerung der Aufnahme ungenutzter Arbeit darf die Unterbringung nicht entzogen werden. Ein ungenutztes, zentralisiertes Red von Arbeitsnachweiskräften ist zu schaffen. Die jetzt bestehenden zersplitterten Einrichtungen haben schon im Frieden verlangt, noch mehr wird das beim Beginn der Kriegswirtschaft der Fall sein. Die halben Maßnahmen der Arbeitsverwaltung nach dieser Richtung genügen nicht. Ohne die strikte Zentralisierung, die bisher dem Unternehmertum vorbehalten wurde, wird dem Unheil nicht gesteuert werden können. Die Unternehmer haben bisher ihre Arbeitsnachweise als Kampfmaßnahmen gegen die Arbeiter gebraucht. In Leipzig ist von der Militärbehörde eine Ausschleusstelle für die Arbeitsvermittlung geschaffen worden, ohne daß die Beteiligten etwas davon wußten, schließlich ohne Mitwirkung der Arbeiter.

Das Verbot von Arbeitsstellen wird dazu führen, daß die Unternehmer ihren oft angelegentlichsten Versuch, die Löhne herunterzudrücken, zu verwirklichen trachten werden, wie ja die Arbeitsvermittlung in Aussicht gestellt hat. Diese Verdrängung muß zu den schwersten wirtschaftlichen Kämpfen führen. Kommen dazu schwere politische Kämpfe, so wird der Widerstand des Wirtschaftslebens überhaupt in Frage gestellt. — Lediglich der Wille, das zu heißen, was die Wirtschaftlichen wider in Gang bringt, wird den Vorkämpfern gewinnen. Eine einseitige Staatsregimentierung hat sich bei den Kämpfen zwischen den Interessenten neutral zu verhalten, politisch aber alles zu tun, um den Aufstieg der Arbeiterschaft ohne schwere Erschütterungen zu ermöglichen.

Die Kräfte aber, die die minderbemittelten Volksschichten noch mehr entziehen wollen, haben der Regierung ihren Dank abgelehnt. Gefährlicher aus der Tarifverträge ist zu fordern. Die Schlichtungsausschüsse müssen ausgebaut und in die Friedenswirtschaft einbezogen werden.

Bei dem Versuch, die Produktionskosten zu verringern, wird das sogenannte wissenschaftliche Betriebswissen, das sogenannte Taylorsystem, eine Rolle spielen. Gegen den Versuch, auf ihre Kosten die Ertragsfähigkeit der Produktion zu erhöhen, muß die Arbeiterschaft mit aller Schärfe Front machen.

Die Reduzierung der weiblichen Arbeiter hat während des Krieges einen unvorhergesehenen Anstieg angenommen. Hat die Frau während des Krieges die Hauptlast des Wirtschaftslebens getragen, so ist unverständlich, wie sie die sächsische, die Reichsregierung alle Rechte verweigern können. Die Umleitung der weiblichen Arbeitskräfte in die Friedenswirtschaft ist ein der schwierigsten Probleme. Es kann nicht in das Belieben des Einzelunternehmers gestellt werden, die Männerarbeit zugunsten der weiblichen, bisherigen Arbeitskraft auszuscheiden. Die Arbeitsverwaltung hat ausgesprochen, daß die Lohnifferenz zwischen Männern und Frauen ein Gewicht hat für die hohen Löhne der Männer.

Die Frauenarbeit in dem letzten Jahre hat den Bevölkerungsstand auf schwerste. Eine einseitige Regierung müßte rechtzeitige Maßnahmen treffen, um der drohenden Gefahr entgegenzutreten. Es ist zu fordern, daß der Verbot der Aufnahme weiblicher Arbeitskräfte in den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betriebsbetrieben. Der Grundloß gleicher Lohn für gleiche Leistung muß Geltung erhalten.

Aber alle erheblichen Maßnahmen entspringen die Frauen nicht von der Mithis der Selbsthilfe der Organisation. Bei der Arbeitsvermittlung müssen besondere Abteilungen für die weiblichen Arbeitskräfte unter Mitwirkung der Arbeiterinnen eingerichtet werden. Müht sich, Auszubildende müssen durchgeführt werden. Die Entlohnung der Lohnarbeiter in der Heimindustrie läßt sich nicht weiter hinausschieben. Ausbau und Zusammenfassung der Berufsvereinigungen haben wir immer schon gefordert, sie müssen jetzt allgemein durchgeführt werden. Die Entwertung des Geldes, die Verteuerung der Lebensmittel stellen uns vor weitere Aufgaben.

Gegen das Sterben, dem freien Spiel der Kräfte das Volkswohl zu opfern, muß protestiert werden. Die Katastrophe der Lebens- und Lebensmittel muß für die Zeit des Übergangs festgehalten und ausgebaut werden.

Der Abbau der Lebensmittelmittel ist vorzunehmen. Die Wiederaufnahme der normalen Wirtschaft ist nur möglich bei einem Verhältnismäßigkeitsprinzip. Die Durchführung der sozialdemokratischen Steuerpolitik liegt ebenfalls im Interesse der allmählichen Wiederaufnahme eines gesunden Wirtschaftslebens.

Die private Monopolisierung wichtiger Erwerbszweige droht der minderbemittelten Bevölkerung schwere Gefahren an. Will die Arbeiterklasse nicht juristisch geächtet werden, so bedarf sie ihrer ganzen Kraft. Wir müssen einig und geschlossen sein, um überhaupt die Kraft aufzubringen zu können zu unserer Selbstverwaltung. Nur in der Einigkeit und Geschlossenheit liegt die Macht, die uns einer besseren, lichtvollen Zukunft entgegenführen wird. (Bravo)

Wittler: Die sächsische Textilarbeiterschaft ist in den Ausschüssen für Übergangswirtschaft ganz ungenügend vertreten. Neben einigen Vertretern der Textil- und Metallindustrie und einem Vertreter der Angestellten fehlen Vertreter ganzer Berufsgruppen, so die des Bau-, Bekleidungs-, Nahrungs- und gewerblichen Gewerbes. Auch die chemische Industrie und das Transportwesen haben keine Arbeitervertreter. Diese Ausschüsse behandeln nicht nur die Rohstofffrage, die Unterhaltungsfrage, und diese Fragen werden beim Fehlen der Arbeitervertretung im Sinne der Unternehmerrückwärts gelöst werden. Wir haben in der Textilindustrie jahrelange Erfahrungen

darin, ganz minimale Löhne und Unterhaltungsätze werden gegeben. Deshalb liegt es bei der Regelung der Arbeitsvermittlung, um die Regierung zu veranlassen, eine bessere Verteilung der Arbeiter zu schaffen. Aber das genügt nicht; die Arbeiter in den einzelnen Bezirken müssen sich selbst rühren. Ich schlage vor, aus den Vertretern der Partei und der Gewerkschaften einen besonderen Ausschuss für die Übergangswirtschaft zu bilden, der fortgesetzt diese Frage zu behandeln und Anregungen zu geben hat. Sachliche Entscheidungen müssen auch in den einzelnen Bezirken geschaffen werden, damit die Übergangswirtschaft nicht zum Schaden der Arbeiter ausbleibt. (Bravo)

Die zur Übergangswirtschaft vorgeschlagene Resolution wird einstimmig angenommen. Ein Antrag, die Abhaltung einer Landesfrauenkonferenz zu veranstalten, ist genügend unterstützt und wird von der Genossin Köhler-Pruenen begründet. Sie weist darauf hin, daß die Frauenbewegung in den einzelnen Bezirken sehr zurückgefallen ist. Wo gearbeitet wird, sind auch Erfolge zu erzielen, aber die Genossen müssen selbst mitarbeiten. Es muß etwas geschehen, um Fortschritte zu ermöglichen. Auf der vorgeschlagenen Frauenkonferenz muß ein inständiges Komitee gehalten werden. Vorsitzender Eggert: Sie sind wohl damit einverstanden, daß der Antrag dem Landesvorstand als Material überwiesen wird. Die Konferenz stimmt dem zu.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

Wahl des Landesvorstandes. Die Wahl der Wiederwahl der Genossen Sindermann, Praune und Dr. Gradnauer vor, die einstimmig erfolgt. Die Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung wird dem Landesvorstand überlassen.

## Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Vortage)

Im Hof-Inf.-Reg. 204 hat der Regimentkommandeur den Vorbehalt und andere sozialdemokratische Mitglieder bedroht. In einem anderen Regiment ist ein Mann mit fünf Tagen Militärarrest bestraft, weil er den Vorbehalt las. (Hört! Hört!) Mit welchem Recht kann man diesen Antrag unter der preussischen Militärverwaltung heute noch weiterführen? Alle Leute, die wegen des Streik im Januar 1918 eingezogen worden sind, haben den Vorbehalt B 18.

Ein Soldat, der mit diesem Vorbehalt heraustritt, ist gefesselt. Jede seine Verfügung wird ihm verweigert. Ich vermute, daß die Militärverwaltung diesen Streik nicht besonders wichtig findet. Ich vermute, daß er nicht den Wert hat, den er hat. Ich vermute, daß er nicht den Wert hat, den er hat. Ich vermute, daß er nicht den Wert hat, den er hat. Ich vermute, daß er nicht den Wert hat, den er hat.

Abg. Dr. Gumb (Sp.): Mit den vorgeschlagenen Veränderungen im Militärstrafgesetzbuch sind wir einverstanden. Schwere Bedenken dagegen haben wir gegen die Vorlage über die Gerechtigkeit. Sie wirkt wie eine neue Dekretation. Wenn man die Leute braucht, so müssen sie als Soldaten einleben. (Sehr richtig!) Der Vorbehalt, daß jede schriftliche Veröffentlichung eines Soldaten dem Vorgesetzten vorgelegt werden muß, verhindert die Veröffentlichung vieler wertvoller Leistungen. Dagegen wird das Geschweigen mancher Kriegseroberer nicht als unrichtig. (Zustimmung.) Auch wir müssen einige Punkte über die politische Lage klären, so wiegen sie als Soldaten einleben. (Sehr richtig!) Der Vorbehalt, daß jede schriftliche Veröffentlichung eines Soldaten dem Vorgesetzten vorgelegt werden muß, verhindert die Veröffentlichung vieler wertvoller Leistungen. Dagegen wird das Geschweigen mancher Kriegseroberer nicht als unrichtig. (Zustimmung.)

gegen das gleiche Wahlrecht wird unter Mißbrauch der Vorgesetztenmacht gearbeitet. Obwohl sich der obere Kriegsbehörden für das gleiche Wahlrecht eingesetzt hat, doch immer werden alle Leute von der Beförderung zum Offizier ausgeschlossen, die feinerzeit nicht die Berechtigung zum Einjährigensoldat auf der Schule erhalten haben. Den Punkt an die Feldgrauen können wir nicht durchsetzen, sondern durch die Tat abhaken. (Bravo)

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch, 1 Uhr, vertagt. Schluß: 6 1/2 Uhr.

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Erläufige Gemeindepolitik auf Kosten eines Waisenkinderes.

Der dem Landgericht zu Wangen stand dieser Tage der Gemeindevorstand Stedel aus Seitendorf bei Gittau unter der Auflage der Urkundenfälschung und falscher Beurkundung. Strafrechtlich sei der Fall für den Verteidiger weniger belastend; es wurde ihm auch von allen Seiten bestätigt, daß er keinerlei eigenmächtige Absichten dabei verfolgt, vielmehr auch in gutem Glauben gehandelt und vor allem der Meinung gewesen ist, im Interesse der Gemeinde so verfahren zu müssen. Aber gerade dieser letzte Umstand ist femerhin noch für diese Angelegenheit und gleichzeitig auch für die Wartungslage auf dem Lande.

Die Gemeinde Stedel hatte nämlich für ein hinfällig gebliebenes Kind Inanspruchnahme im Beiträge von 185 M. zahlen müssen, weil die Waisenrente zum Winter 1918 nicht ausgereicht hatte. Als das Mädchen Elma 1918 aus der Schule entlassen und wahrscheinlich in einem Dienst nachtrat, fiel die Armenunterstützung weg, die Waisenrente wurde aber noch für zwei Jahre weitergezahlt. Diese drei Mark im Monat betragende Waisenrente hat der Gemeindevorstand zur Bedienung der für das Kind angewendeten Armenunterstützung in Anspruch genommen. In diesem Zweck hat er sich vom Vorstand der Rentenkommission für das Kind von vornherein unterschreiben lassen, und als der Betrag einmal ausgegangen war, solche selbst mit dem Namen des Vorstandes unterschrieben. So hat sich das Geld ausgezahlt lassen, es der Gemeindekasse überwiesen und es so dem armen Kinde entzogen.

So der Sachverhalt. Auch wir glauben in Übereinstimmung mit dem Bericht, daß der auf so bezeichnende Weise auf das Gemeindepolitik bedachte Ortsvorsteher nicht das Vernehmen, oder die Ehrlichkeit gehabt hat, eine Urkundenfälschung zu begehen, sondern daß gegen die Freispredung gar nicht einzuwenden. Aber an den Pranger gehört der Mann und seine Gemeindepolitik, der es für ein Glück der Gemeinde angesehen hat, einem armen, ohne Stütze dahinsinkenden Kinde die letzte Krute zu entziehen, die ihm bei dem ärmlichen Wege ins Leben, namentlich in der jetzigen teuren Zeit, so bitter notwendig gewesen wäre. Diese Art Jugendfürsorge ist kennzeichnend für manche Dorfgemeinden, wo die Vorgesetzten das Wort führen. Jedes logische Verständnis fehlt und der Gemeindevorstand entwehrt von der gleichen Verfügung bereit ist oder gezwungen wird, so zu handeln, wie es die Dickschwäzigen in ihrer Engherzigkeit gebieten.

#### Bewirtschaftung der Obstternte 1918.

Das Ministerium des Innern teilt durch seine Nachrichtenstelle mit: Bei dem Mangel an fetthaltigen Ersatzmitteln läßt sich nicht vermeiden, daß auch die diesjährige Obstternte zum großen Teil zur Herstellung von Warmelade herangezogen wird. Eine Bewirtschaftung zur Verhinderung der Marmeladenfabrikation und des Frischmarktes wird sich um so weniger umgehen lassen, als die Ernteaussichten wenig günstig sind. Die Bewirtschaftung wird vorwiegend in derjenigen Form wie im Vorjahre erfolgen. Es soll jedoch dafür gesorgt werden, daß das Edelobst nur dem Frischmarkt zugeführt wird, und in guter Beschaffenheit zum Verkauf kommt. Ebenso soll die Unterabteilung zahlreicher Gruppen mit verschiedenen Preisen vermieden werden, die im Vorjahre zu dem Mangel geführt hat, daß vielfach Obst geringerer Beschaffenheit zum Preise der besten Sorten feilgehalten wurde. Die Landesstelle für Gemüse und Obst ist deswegen bereits im Laufe des Winters mit Vorkäufen an die Reichsstelle heranzutreten. Die Vorkäufen entsprechend, beschliefen die Reichsstelle bei der diesjährigen Ernte nur folgende Obstgruppen zu unterteilen: 1. Edelobst. Als solches kommen ausschließlich ausgedehnte Stübe beider Seiten in Frage. Das Edelobst wird jedoch nicht auf besondere Sorten beschränkt werden, sondern Sorten werden nur beispielsweise benannt werden. Ueber das Edelobst wird die Landesstelle besondere Bestimmungen erlassen, um die Zuführung auf den Frischmarkt und die Auslieferung der Edelobst und des übrigen Obstes zu sichern. 2. Tafelobst. Tafelobst sind alle übrigen gepflanzten, nach ihrer Beschaffenheit sofort oder nach Ablagerung zum Nachgenuß geeignete Früchte, unter Ausschließung sämtlicher kleinen, verpackelten und beschädigten Früchte. 3. Wirtschaftsobst. Wirtschaftsobst ist alles Schmelz-, Most- und Gallobst sowie das aus der Gruppe 2 ausgegliederte Obst. Als Erzeugerhöchstpreise werden von der Reichsstelle bei mittlerer Ernte in Aussicht genommen: 1. Apfel: a) Tafelapfel: 28 Pf. je Pfund, b) Wirtschaftsapfel: 10 Pf. je Pfund. 2. Birnen: a) Tafelbirnen: 26 Pf. je Pfund, b) Wirtschaftsbirnen 8 Pf. je Pfund.

#### Hausbesitzerpolitik.

Auf der gestern bereits erwähnten Tagung der sächsischen Hausbesitzer in Chemnitz ist im weiteren Verlaufe der Verhandlungen auch eine Resolution angenommen worden, in der über Mangel an Entgegenkommen durch Behörden und Landtag geklagt wird. Wörtlich wird darüber in dieser Entscheidung folgendes ausgeführt:

Wie aus dem Jahresbericht der Hausbesitzervereine hervorgeht, ist der Verbandsleistung in wiederholten Fällen Antwort auf ihre Eingaben von der Staatsregierung versagt geblieben. Wiederholt hat der Landtag Eingaben des Verbandes trotz erschlöpfendster Begründung abgelehnt. Die Hausbesitzer Sachsens sind außerst bedrückt und beunruhigt, daß ihnen von den Behörden als auch von den Landtagen nicht das erforderliche Entgegenkommen und vor allem nicht das erforderliche Eintreten bei ihrer nachsichtigen Notlage entgegengebracht wird. Der Notstand der sächsischen Hausbesitzer ist so allgemein anerkannt, daß sie nunmehr erwarten, daß in Zukunft vom sächsischen Hausbesitzer nicht nur jede weitere einseitige finanzielle Belastung einmüht, sondern auch zur Befreiung seines Besitzes, nicht zum geringsten auch im Staatsinteresse, keine schwere Steuerlast abgebaut, und der ihm zunehmende Schaden zur Wahrung seiner Interessen gütlich werde, insbesondere auch durch die Vertretung in den gesetzlichen Körperschaften.

Die Wünsche der sächsischen Hausbesitzer waren, soweit sie an den Landtag gelangt sind, allerdings zahlreich und mannigfaltig, wenn sie aber nachher geprüft wurden, erwiesen sie sich zum größten Teil als undurchführbar. Ueberrassend ist auch in den Kriegsjahren schon reichlich dafür gesorgt worden, daß die Hausbesitzer nicht zu Schaden kommen. Die Ver-

hauptungen von der angeblich wachsenden Notlage dürften daher stark übertrieben sein.

#### Wie Obstwucherpreise entstehen.

Ein überraschendes Ergebnis hat der meistbietende Verkauf des reichen Bestandes der Birnbäume des meißnerischen Ortes Kamandsdorf. Während im Vorjahr rund 2000 M. erzielt wurden, gab diesmal, wie der Erfurter Allgemeine Anzeiger mitteilt, der Obstwärter Herrmann Keil aus Erfurt das Preisgebot mit, sage und schreibe 12000 M. ab. Das derartig teuer erworbene Birchen wohl kaum zum vorgeschriebenen Höchstpreis an die Verbraucher gelangen, da jeder Zwischenhändler natürlich auf seine Kosten kommen will, liegt auf der Hand.

**Baugen.** Unter der Anlage des Morbes und der Anweisung dazu wurde vor dem Geschworenengericht gegen den 30 Jahre alten landwirtschaftlichen Arbeiter Joseph Biedentz aus Starowes und die 18 Jahre alte Dienstmagd Marie Kruda Großer aus Seeligstadt verhandelt. S. hatte ein Verhältnis mit der Angeklagten, mit der er bei einem Obstbesitzer in Seeligstadt diente. Als in der Nacht zum 7. Januar d. J. ein Kind heimlich zur Welt kam, hat es Biedentz angeblich auf Geheiß der Großer, die sich des Kindes wegen vor ihrer Mutter schützte, in die Hausenarube geworfen. Biedentz wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, die Großer aber freigelassen.

**Keine Kahlköpfe aus dem Lande.** Bei einer Gründung der Freiwilligen Feuerwehr ereignete sich in Riesa ein schwerer Unfall. Als die Wehr einen Einmärsch auf ein Haus am Markt unternahm, fiel auf noch unangelegte Weise die große Scheideleiter über den Markt, wobei der Feuerwehrmann Kühne eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Künftig wurden noch die Feuerwehrleute Jähkohndt, Scherer und Wolf leicht verletzt. In der Sandbörner Straße in Leipzig ist am Montag nachmittags ein acht Jahre alter Knabe von einem Straßenbahnwagen erfasst und tödlich überfahren worden. Der Junge ist aktlos in den anstehenden Tagen heimlich einlief. Eine frische Krute machten bisher unermittelte Spurbuben in der Nacht zum Donnerstag in der Gürtelstraße in Riesa. Von der Reichzentrale Lieberplatz waren am Mittwochabend 115 Pfund norddeutschmächtig nach Leipzig abzuliefernder Salz der der Abnahme zum Verkauf abgegeben worden. Nichts wurde der Einnahmen der den Tals, erdrückt und das Fest entzündet. In selbsterwählter Absicht kürzte sich im Plauen die 23jährige ledige Heimerbeiterin Martha Goette aus einem Fenster im zweiten Stockwerk auf die Straße. Sie wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Der Arbeiter Otto Brandt aus Riesa wurde am 1. Juni mit seiner Frau verhaftet. Beide sind jetzt in der Höhe von Tannenberg mit durchsuchten Akten aufgefunden worden. Der Grund zu dieser Tat ist unbekannt.

### Stadt-Chronik.

#### Was soll werden!

Was soll werden? So fragen die Leute, die nicht mehr wissen, wie sie mit ihrem fargen Einkommen das höchste, was heutzutage zu des Leibes Nahrung und Notdurft für sie zur Verfügung steht, bezahlen sollen. Sprunghaft klettern die Preise in die Höhe und geben allmählich ins Fabelhafte. Man ist ja in den nahezu vier Kriegsjahren allerlei gewohnt worden und hat oft genug gemeint, es könnte nicht schlimmer werden, aber es geht unaufhaltsam weiter auf der Bahn des Wohlstandes. Jeder Dresden kostet ein kleines Vermögen, man möchte sich ein Vermögen für den, der zu den Armen gehört. Freilich soll es ja keine heute kaum noch geben und die Arbeiter verdienen Ministerlöhne, wie die Kriegsgewinnler sagen, so daß, wenn es wirklich noch Notleidende gibt, nur der Mittelstand in Frage kommen könnte. Es soll gewiß ausgegeben werden, daß der Mittelstand in der großen Krise zu leiden hat, einzelne dem Mittelstand angehörende Leute sehr sogar. Da aber auch der Mittelstand ungenügend ist, wenigstens es häufig ausdrückt, daß sich der Mittelstand heute weit besser stelle, als er, so ist nicht recht begreiflich, weshalb denn bei den Mittelstandskreisen so wenig Neigung ist, in die Fabriken zu gehen und als Arbeiter an den fabelhaften Löhnen teilzunehmen. Da die Mittelstandskreise ja meistens sparsam sind und nicht, wie man es von den Arbeitern so gerne sagt, ihr Geld verzerren, können sie sich ja auf einen grünen Zweig bringen. Sie drängen sich aber nicht dazu. Wie so mancher Reiche, der zum Hilfsdienst sehr gut tauglich wäre, aber patriotisch in der Welt herumbummelt und das Märchen von den hohen Arbeiterlöhnen erzählt, hat auch mancher vom Mittelstand ein Haar gefunden in der nach seinen Reden so außerordentlich gut besetzten Fabrikarbeit. Es muß also wohl in Wirklichkeit etwas anderes herbei, als man sich so gerne zu eigener und anderer Verführung erzählt. Aber einerlei, schließlich muß auch der fagen, der persönlich keine Not leidet: Was soll werden? Soll die Preiskletterei so weiter gehen? Ist die Entwertung des Geldes unaufhaltsam? Heute gilt die Mark kaum noch ein Drittel ihres früheren Wertes. Gewiß hat der Staat ein Interesse an der Voluta und er ist bestrebt, den Markfluss zu hemmen mit Rücksicht auf das Wirtschaftsleben und den Handelsverkehr mit dem Auslande, aber man fragt doch, wie weit denn die Geldentwertung und damit alles Ungemach, das damit verbunden ist, noch gehen soll. Jene, die etwas von Volkswirtschaft verstehen, wissen, daß die Entwertung des Geldes und das damit verbundene Steigen der Preise, aber auch ungeachtet, den Lohnarbeiter am schwersten trifft, indem er nicht imstande ist, einen entsprechenden Ausgleich so schnell zu schaffen. Wenn nun gar der Zustand eintreten sollte, daß ein Lieferangebot von Arbeitskräften bringt, so kann es für die Arbeiterschaft von furchtbaren Katastrophen führen. Wer heute wirklich halbwegs verdient, kann dann auf einen Tiefstand der Lebenshaltung gebracht werden, der ihm noch weniger bei vollauf genügenden Warenbeständen zu kaufen gestattet, als er jetzt bei Warenmangel und Teuerung zu kaufen in der Lage ist. Deshalb ist es ja auch verächtlich, wenn die Arbeiter gerade jetzt auf ihre gewerkschaftlichen Organisationen keinen Wert legen. Gibt es doch Arbeiter, die, wenn die Weltanschauung nicht gerade nach ihrer Länge gegangen ist, das Kind mit dem Bade ausschütten und dann wunder noch meinen, wie gekostet und fahn sie gehandelt haben.

**Wie soll das werden?** Unerwartete Ereignisse werden heute in Industrie und Landwirtschaft erzielt. Die Kriegsgewinnler wissen tatsächlich nicht, wohin sie mit ihrem Gelde sollen. Auf der einen Seite gibt es, wenn es so weiter geht, nichts mehr zu holen, d. h. das Volk ist dann im schlimmsten Sinne des Wortes ausgepowert, während man auf der anderen Seite mit dem Gewinnteil nicht mehr ankommen kann. Das dieses „freie“ Spiel der wirtschaftlichen Kräfte so bald ein Ende haben wird, ist unwahrscheinlich; es

wird sich kaum wieder in belächelten-Kapitalistischer Bahn drängen lassen. Alle wahren Freunde des Volkes müssen angesichts der Entwertung der Dinge immer wieder fragen: Was soll werden? Soll diese gewaltige Notmacherei ad libitum getrieben werden?

#### Die „Barbierflechten“-Epidemie.

Eine jährlich belächelte Versammlung der Barbier- und Friseur, die am Dienstag in der Gemahnhalle (Hilfsplatz) stattfand, beschäftigte sich mit der Barbierflechten-Epidemie des Reichs. Der Obermeister Mielche betonte, daß die Verordnung über den Barbierflechten-Bekämpfungszweck der Versammlung sei, diese Verordnung zu erklären und klarzulegen, sowie einzelne Abänderungen bezüglich dem Generalkommando zu erwirken. Der Aufseher der Flechte sei nicht die Barbierflechte, sondern anderer Art, was schon bewiese, daß bisher nicht ein einziger Barbier mit der Barbierflechte behaftet ist. Um eine eigentliche Barbierflechte es sich überhaupt nicht, sondern um eine fadenförmige, gewickelte Erscheinung, von der auch Frauen und Kinder betroffen werden. Diese Flechte sei von den Grenzen durch das Militär eingehüllt worden und außerordentlich leicht übertragbar. Von der Flechte befallene sollten vor allem unterhalten, so zu fragen. Notwendig wäre es gewesen, die Bekämpfung zu forcieren, leider sei das unterblieben. Infolgedessen sind schon viele Schäden der Bevölkerung von der Flechte ergriffen. Zur Verhütung ihrer Verbreitung habe das Generalkommando nun eine Verordnung erlassen, die teilweise ziemlich einschneidende und sogar undurchführbare Maßnahmen enthalte. Die vorgeschriebene Asepsis, mit der die Kasierapparate desinfiziert werden müssen, räumliche Räume, Bürsten und Rasiermesser werde vorgeschrieben, daß künftig sich der Kunde nach dem Rasieren selbst abzuwaschen habe. Gerade diese Bestimmung werde, wie die Verhältnisse im Friseurgewerbe einmal lagen, nicht durchzuführen sein, weshalb das Generalkommando gebeten werden soll, auf diese Vorschriften zu verzichten. Im übrigen sei es aber dringend rätlich, die Verordnungen streng zu beachten. Die Übertragungsmöglichkeit sei mannigfaltig. Das Publikum mache die Verantwortlichen für die Verbreitung der Flechte verantwortlich, aber auch sich selbst. Denn auch Selbstinfizieren würden von der Flechte betroffen. Zu ungenügender Ernährung im Krieges, der Mangel an Reinigungsmitteln, das Papiergeld und die ungünstigen die Verbreitung der Flechte.

In der Debatte wurde immer und immer wieder dagegen Stellung genommen, daß der Barbier zum Sündenbock gemacht werde, was man zu darauf zurückführte, daß die Barbier in den Zeiten mit einer Gegnerschaft zu rechnen haben. Auch wurde die Forderung nach einer noch besseren Regelung der flüchtigen Arbeit der Barbier und Friseur erhoben. Zur Lösung der Berufsfrage sei aber die Einigkeit der Berufsangehörigen notwendig, die jetzt sehr viel zu mündigen übrig lasse. Ein Vertreter der organisierten Geschäftskreise bemerkte, daß, wenn die Verordnung streng durchgeführt werden sollte, viele kleinere Geschäfte schließen müßten, da es ihnen an den notwendigen Arbeitskräften fehle, um die größtmögliche Sauberkeit beobachten zu können, er wies aber auch darauf hin, daß es noch immer Barbiergeschäfte gäbe, die den hygienischen Anforderungen nicht entsprächen. Im übrigen trat er für bessere Preise und anständige Behandlung der Geschäftskreise ein.

Nach weiterer Debatte, in der man sich auch gegen die Errichtung von besonderen Militär-Rasierstuben in den Kasernen aus sprach, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am Dienstag den 11. Juni 1918 in der Gemahnhalle zu Dresden verammelten Barbier- und Friseurverbände in der Form der Bekanntmachung des Generalkommandos des 12. Armeekorps, die Bekämpfung der Barbierflechten betreffend, eine schwere Verdrüssung und Schädigung der Barbier. Zum mindesten hätten sie erwarten dürfen, daß dieser Bekanntmachung eine Auffklärung über das Wesen, die Ursachen und Übertragungsmöglichkeiten der Barbierflechte vorausgegangen wäre, und nicht, wie es jetzt im Publikum auftritt, wird, die Kasierstuben als der alleinigen Infektionsursache angesehen werden. Als Gegenbeweis hierfür führen sie an, daß eine Anzahl Personen, die bisher kein Friseurgeschäft gehabt haben, wie Selbstfriseur, Frauen und Kinder, ebenfalls behaftet sind. Einzelne Bestimmungen sind, den jetzigen Verhältnissen entsprechend, un Durchführbar und widersprüchlich. Die Versammlung beschließt, das Generalkommando zu ersuchen, in Gemeinschaft mit Verbändenangehörigen in eine Sprechung bedarfsveränderung dieser Bestimmungen einzutreten.

Laut Bestimmung des Generalkommandos müssen sämtliche Barbiergeschäfte ab Juli 1918 Papierseife verwenden. Möglicherweise kommt es noch dazu, daß die Kunden sich ihre eigene Wäsche zum Waschen mitbringen müssen.

In Riesa wird eine abermalige Erhöhung der Preise für Rasieren und Frisieren eintreten.

#### Ein „Kriegsnothelfer“.

Der mehreren Wochen wurde in der Vorstadt Köpitz die dortige Bezirksbehörde der Kriegsvorgeschichte, den dortigen Vereinen, Lehrer Stödel, nach einer vorangegangenen Revolution plötzlich aus seinem Vorsteheramt, in das er schon längst nicht mehr gehörte, entfernt. Die Kriegsvorgeschichte hat den angeordneten Schaden insofern wieder gut gemacht, als es denjenigen Kriegsveteranen, denen Stödel die angeordneten außerordentlichen Unterstellungen nicht aufgebunden hat, nachträglich zur Auszahlung bringen läßt. Wiederholt ist über die Vermutung ausgesprochen worden, daß Stödel in diese Vorkommnisse der Mantel der schriftlichen Verbote sich gebreitet werden sollte, da gegen den Herr Stödel noch nichts unternommen worden sei, als die Verkündung einer anderen Stelle. Und wird jedoch von unternommen werden, wird mitgeteilt, daß diese Vermutung eine irrige ist. Der Herr Stödel vielmehr sofort nach Abschluß der vorher erledigten Angelegenheiten der Staatseinkaufsstelle zum weiteren Verbleib im Amt ernannt worden. Auch das gütlich in Unaufheblichkeit der Herr Stödel werde Gelegenheit haben, in einem Zusammenhang die Genesung zu finden, dürfte nur aus Mitleid geschehen. Die Herrn Stödel werden gegebenenfalls nach Ablauf des geltend gemachten auf den Vorgang nach zurückkommen. Von dem Vorgang der Sache wird es schließlich auch abhängen, was die Stadtverordneten Auffassung zu fordern haben.

Heringesessener Schleihhändler.

Der Handelsmann Bruno Wörig Nikolaus betrieb einen Heringhandel. Er fuhr mehrere Male in der Woche nach Großenhain und Umgebung, wo er Eier, Butter und anderen lebhaften begehrten Artikel zusammenkaufte...

Handel ohne Erlaubnis. Dem Kaufmann Friedrich Meier war durch Verfügung des Stadtrats von Dresden vom 1. Oktober 1917 der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs ausdrücklich untersagt worden...

Protomarkenfälschung. Der 43-jährige Steinbrucker-Georg Hilban kommt nun mit seinen Protomarken in aus. Auf Grund seiner beruflichen Kenntnisse hat er schon seit dem Jahre 1915 selbst gebacken und Protomarken hergestellt...

Stadtratwahl. Für die nächsten Donnerstag stattfindende Stadtratwahl an Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Dr. Krüger werden folgende Bewerber vorgeschlagen: Ratsschreiber Dr. Albrecht in Dresden, Sparbankdirektor Dr. Graupner in Dresden, Bürgermeister Kander in Forst (Sachsen) und Stadtkammerrath Dr. Theibitz in Dresden.

Die Stadtverordneten werden sich in ihrer Sitzung am Donnerstag mit einem Antrage Theibitz und Graupner befassen um Auskunftserteilung darüber, ob es zutrifft, daß dem Reichsamt für Ernährung in Dresden 50 000 verbotene Eier für den Preis von 2000 M. geliefert worden sind...

Welschhaken auf dem Lande im Jahre 1918. Ferner wird das Kollegium die von der Landesordnung der letzten Sitzung abgeleitete Rechtsprechung zur Verabschiedung bringen...

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern, Dienstag nachmittag auf dem Schloßplatz. Dort entgleiste infolge Versagens der Bremse ein Straßenbahnzug...

Unter den Kartoffeln, die in nächster Zeit zur Verteilung kommen, befindet sich ein aus Bayern gelieferter Welsch, der ein weißliches Aussehen hat. Dies rührt nicht etwa von Schimmelbildung her, sondern von der Verunreinigung der Kartoffeln mit Kalkstein...

Begugscheine für Almosen! Um der wachsenden Mangelnot zu steuern, unter der zumal die minderbemittelte Bevölkerung zu leiden hat, und um den unehren wuchernden Handel mit alten Möbeln zu unterbinden, haben verschiedene Städte, so Frankfurt a. M., Begugscheine für Almosen eingeführt...

Auszahlung der Quartier- u. Vergütungen. Für die im Mai d. J. und in den vorhergehenden Monaten untergebracht gewesen und abgezogenen Einquartierungen hinsichtlich der Auszahlung der Vergütungen ist die Anweisung der Vergütungen für die im Mai d. J. am 25. Juni für die in den Städtteilen der Reichsamt wohnenden Quartiergäste von 8 1/2 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags...

Fleischversorgung der Stadt Dresden. In dieser Woche werden wieder 200 Gramm Fleisch auf die Reichsamt Karte No. 1 bis 8, sicher gestellt.

In der Waldberghausstätte Trachenberge ist die erste Gruppe erholungsbedürftiger Schulfinder mit gutem Erfolg entlassen worden. Seit Montag sind erneut 150 Kinder aufgenommen worden. Sie schlafen zu Hause und benutzen zur Ein- und Heimfahrt die Straßenbahn...

5. Kreis. Frauen! Heute Mittwoch abend Wanderabend nach Onkel Toms Hütte. Treffpunkt 8 Uhr am Volkshaus.

Aus der Umgebung.

Langebrück. Quack wird am 12. und 13. Juni d. J. an die Warenbezugsstellen 107-178 im Geschäft von Frau Claus, Marktstraße 18, abgegeben. Jede Person erhält 1/2 Pfund zum Preise von 18 Pf. Buttererzeuger sind von der Belieferung ausgeschlossen...

Reu-Gotwig. Die Ausgabe der neuen Fleischbezugscheine erfolgt Donnerstags von 9-10 Uhr an A-G, von 10-11 Uhr an H-L, von 11-12 Uhr an M-S, von 12-1 Uhr an T-Z im Gemeindeamt gegen Ausgabe der alten Bezugscheine...

Ottendorf-Voritzdorf. Die Einmaddel- und Kaffeefaktenausgabe findet heute Mittwoch von abends 6 1/2-7 1/2 Uhr statt und zwar: Bezirk 1-5 (Haus- Nr. 1-122) in der neuen Schule zu Ottendorf; Bezirk 6 (Kreis Ottendorf, Haus- Nr. 1-19) im Gasthof zum goldenen Ring...

Stoll. Warmtode und Sauerkraut kommt heute Mittwoch in den heutigen Lebensmittelgeschäften auf Grund der Kundentlisten zum Verkauf. Preis und Menge ist aus den in den Geschäften befindlichen Anzeigen zu ersehen...

Briefkasten.

Kalisch 16. Aus Ihrem Briefe geht gar nicht hervor, welcher Art die erbetene Auskunft sein soll. Einen nochmaligen Versuch durch eine Anfrage an die von Ihnen angegebenen Stelle zu machen, wage ich doch nicht das geringste Bedenken.

W. D. Hohenhausstraße. Es können dem Manne einen Zahlungsbefehl zustellen; er ist jedoch wirkungslos, wenn er dagegen Einspruch erhebt. Zahlungsbefehl ist nur zulässig, wenn der Lohn oder das Gehalt im Jahre höher als 2000 M. ist.

Leitung. 6. Kreis. Von einem Wägener unserer Partei aus dem Wägenerischen Grunde erhalten 50 Mark. O. Rabmann.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden. Verantwortlich für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Strießen. — Druck und Verlag: Gaben u. S. p. Dresden.

Telephon 14 980. Linie 5 u. 7. Tymians Thalia Theater. Görlitzer Str. 6. Anfang 8 Uhr. Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerstag. Damenkassen!

Die amtliche Nachprüfung Ihres Kleiderbestandes. Können Sie vermeiden, wenn Sie Kleiderverwertungsstelle. An der Kreuzkirche 8, bringen. IS 688

Glühstoff-Bruch. Deutsche Glühstoff-Gesellschaft. Brandtstraße 40. Fernsprecher 25671.

Ankauf alten Gebissenen. pro Zahn 55 Pf., pro Zahn 7.50 M., pro Zahn 32 Pf., Taschenuhren.

Zöpfe. alle Haarartikel in dem Haarartikel, Copyst. 31. Fernruf 17861. [W141]

Haushaltwagen. Erbstößer & Ranbert. Völsau, Reßfelder Str. 2. Leiter u. Kastenwagen.

Didens' Werte. in 3 Händen. Preis 8.- M. Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

Mod. Kinderwagen. Mod. Kinderwagen mit 2. verlauf. Völsau, Reßfelder Str. 35. [W141]

Meinholds Routen-Führer. Die Sächs.-Böhm. Schweiz 2.00, Nördliches Deutschböhmen 3.00, Dresdens Umgebung 2.50, Das östliche Erzgebirge 2.50, Das westliche Erzgebirge 2.50, Das Jeschken- u. Isergebirge 2.50.

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10. Der Schatzgräber. Bücher für die Jugend. Volksbuchhandlung.

Kurt Richter. Am 28. Mai 1918 erhielten wir aus dem Felde die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel Kurt Richter gestorben ist...

Verlorenes Glück! Unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter, herzensguter, treuherziger Onkel, unser lieber, guter Onkel, der Kraftfahrer Otto Richter nach dreijähriger, tapferem Ausdauern im Felde im 39. Lebensjahre am 4. Juni 1918 durch Granatplitzer dem grausamen Völkerringen zum Opfer fiel.

Hugo Eißler, Graph. Zeichner. im Alter von 82 Jahren. In tiefster Trauer: Dresden, Büchelstr. 15. u. Eble Krone, 12. Juni 1918.

Hugo Eißler, Graph. Zeichner. im Alter von 82 Jahren. In tiefster Trauer: Dresden, Büchelstr. 15. u. Eble Krone, 12. Juni 1918. Gedwig Eißler geb. Gempel. Friedr. Antosch, 4. 3. 1. Feldo, u. Frau geb. Eißler. Paul Arnold, 2. Antonstherm., u. Frau geb. Eißler. Gedwig Ringel als Frau.

Leben · Wissen · Kunst

Ueberfluß.

Roman von Martin Andersen Nerga. Einzige autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Hermann Fuß.

Im Circus war alles still geworden, hier und da flüsterte man und wachte anwesend in die Menge stehend. Abgesehen davon, daß auf der einen Seite eine Bewegung und alle Köpfe drehten sich dorthin.

Der Direktor betrachtete den wunderbarsten jungen Mann mit immer höherem Blicken, und plötzlich verlor er eine Fackel auf dem Boden und fing an, mit verzerrtem Gesicht auf einem Bein herumzuhinken.

Manga im Circus wurde man, und eine Anzahl von jüngeren Personen scharte sich um Naga und wachte drohende Blicke nach dem Hintergrund der Bühne, wo der Direktor verschwunden war.

Am Ende war noch eine Nummer des Programms übrig — die Violinnummer des Abends.

Die Trompeten wurden gedreht und ein großer Teppich in der Mitte ausgebreitet. Die Frau des Direktors, die „Königin im Kampf“, wurde von ihrem bewundernden Gemahl an der Hand herabgeführt.

„Das wäre was zum Hineinbringen für Puma-hano,“ sagte eine kleine Stimme.

„Ja, wenn er da mit den Zähnen hängen bliebe, das könnte man versuchen.“

„Ja, und sich um sich selbst drehte wie der Neger.“

„Ja, wie die, im Hase Kollerau,“ erwiderte eine Kopenhagener Stimme. Karl drehte den Kopf, es war der kleine Koffschäfer, der Negergehilfe aus der Nacht auf dem Hof des Anstaltens.

„Ja, hübsch, Vogebär,“ erwiderte eine andere Kopenhagener Stimme.

Der Direktor trippelte unruhig umher. „Bitte schön, meine Damen,“ rief er hinauf, als eine kleine Pause entstand.

Es herrschte ein paar Minuten in Stille, dann kletterte ein großes, kräftiges Dienstmädchen über die Barriere und ging in die Arena. Auf ihrer Stirn saß ein winziges Strohhütchen, das zu der Himmelfahrtsnahe hinabstreckte.

Auf einmal bekam die „Königin“ es satt herumzurennen, sie warf sich auf alle viere nieder und blieb ruhig liegen; doch Vene, die die Situation mißverstand, trat sie in die Seite.

Der Direktor machte einige kleine Verluste, sich ins Mittel zu legen, schien aber im übrigen nichts dagegen zu haben, daß der Ringkampf eine detariene Wendung genommen hatte.

Das Mädchen dachte sich für den Verlust der Turnüre, indem es das Trikot der „Königin“ verlor, so daß der fetten Hüden heranzog; die „Königin“ hielt sich ihrerseits am Saum ihres Bundes schwelgend.

„Das ist der Kopf,“ rief eine grobe Männerstimme, „nun bist du überwunden, Vene!“

Vene schaute der Stimme einen Augenblick, dann sprang sie auf ihre Kniee hin, riß ihr den Gürtel mit einem Ruck ab und verbrachte sie unarmbegerä mit der nackten Hüden.

„Das ist ein Bißel viel auf einmal!“, „Gewiß“, „was man freut sich doch jedesmal, wenn man Volt läuft!“

Karl setzte die große Vene sich weinend auf die Erde und zog ihre Schuhe an. Der Direktor erklärte, die Vorstellung sei vorbei, und reichte ihr mit zierlicher Verbiegung Hut und Jacke.

„Es war mein eigenes Haar,“ sprach Vene mit gekränktem Schicksal.

„Sie können ja die Kriegsgefangenen austauschen,“ sagte Paander, der sich betragendrümpelte.

„Den Gürtel, nein, nein! So verrückt bin ich denn doch nicht,“ erwiderte die große Vene und betrachtete die Glasbrismen liebevoll.

Naga zürnte sich kam herbei und grüßte. „Was in aller Welt wolltest du — wollten Sie da oben?“ fracht Karl halb vorknirschend.

„Ich hab ja gedacht, der Käufer würde sein Wort halten.“ Zweihundert Kronen kann man schon mitnehmen. Na, das Unglück ist nicht groß.“

Karl und Elise sahen zu. Die Abend hier tangte auf eigenartig-streidame Art; jeder Mann legte die Hände auf die Hüften seines Mädchens, und sie umfachte seinen Hals.

„Sollen wir einen Spaziergang machen?“ fragte Karl mit unsicherer Stimme.

Elise nickte, und sie schlugen einen Weis ein, der am Fjord entlangführte; kurz darauf nahm sie seinen Arm. Doch er machte sich frei und legte den Arm um ihren Leib.

„Bist du krank?“ fragte sie leise.

„Nein,“ erwiderte er heil, „ich freue mich bloß so unbändig über dich, dich.“

„Das ist es nicht,“ sagte er gedämpft, und die Arme fielen schlaff herab, „doch ich bin krank.“

Deutsche Kunstausstellungen im Ausland. Die Veranstaltung deutscher Kunstausstellungen im Ausland wird von Volk in der Delatation Kunst von einem prinzipiellen Standpunkt aus besprochen.

Bunte Chronik.

Die Gründung einer Gemäldegalerie in Rautenohl ist beabsichtigt. Sie wird die erste in einem Lande des Ostens sein, der bekanntlich seit seiner Stiftung dem Silberdienst und der Kunst den Krieg erklärt hat.

Sportartikl.

Arbeiterturnen. 2. Bezirk. Zur Kreisfeierstunde in Rautenohl muß jede Turnerinnen-Abteilung vertreten sein.

Humor und Satire.

Vorbereitung Unbill — nach acht langen Tagen wieder einmal die Volk in Stellung! Ammerab Thorsteinen gleich die Briefe, und er kurzat sich darauf mit Reginen Paander.

Der ausgesetzte Stenograff. Während man in Cannes seinen Besah durch Applaudieren kundgab, äußerte die Ammerab me die Rippen behauptet, ihre Zustimmung und Vorbereitung durch wieder verabschiedete und des Saales Pöden und Weisen.

Kain.

(Gekürzt nach dem Stück im Albert-Theater). Alle Menschheitsprobleme der Täglichkeit sind in ihrer untrüben Zusammenfassung unal wie die Menschheit selbst. Keine der Tugend und Ander der Dunkelheit besitzen die Erde.

Dresdner Kalender.

Theater am 13. Juni. Opernhaus. Tristan und Isolde (6.). — Schauspielhaus: Senecova (7.). — Albert-Theater: Wilhelm (7 1/2.).

kleine Mitteilungen.

Der Dichter Richard Böh ist im 67. Lebensjahre in seine Landhause bei Verdien gestorben. Als Sohn eines Gesangslehrers im Sommer geboren, war er, nach seiner Stubenrenten in Jena und München, Bibliothekar auf der Wartburg.

Sportartikl.

Arbeiterturnen. 2. Bezirk. Zur Kreisfeierstunde in Rautenohl muß jede Turnerinnen-Abteilung vertreten sein.

Humor und Satire.

Vorbereitung Unbill — nach acht langen Tagen wieder einmal die Volk in Stellung! Ammerab Thorsteinen gleich die Briefe, und er kurzat sich darauf mit Reginen Paander.

Vertical text on the right margin containing various small notices and advertisements.